

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postämtern, sowie die Expedition, Berlin S. 68, Rollbuserdamm 23 I.

Inserate
pro vierstellige Beilagen 30 Pf.,
Stellengesuche 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Verbandsangehörigen 10 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 10.

Berlin, den 7. März 1908.

24. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Verhängung der Sperre über einen Ort erfolgt immer nur auf ausdrücklichen Beschluß des Verbandsvorstandes und nur auf die Dauer von 4 Wochen. Anträge auf Verhängung und eventuelle Verlängerung einer Sperre sind deshalb mit eingehender Begründung rechtzeitig an uns einzureichen.

2. Dem Kollegen E. D. Stierli ist seine vom Vorstand des schweizerischen Verbandes ausgestellte Auslandskarte abhanden gekommen. Dieselbe wird hiermit für ungültig erklärt und bitten wir die Bevollmächtigten, die Karte einzuziehen, wenn sie irgendwo vorgezeigt werden sollte. Das vom Vorstand des Schweizer Verbandes ausgestellte Duplikat hat Gültigkeit.

3. Bei Veröffentlichung der **Ausgeschlossenen** in Nr. 32 vom Jahre 1906 und in Nr. 6 dieses Jahres ist irrtümlich angegeben: Heinrich Schmidt aus Ludwigshafen a. Rh. Es muß statt dessen heißen:

Heinrich Schmidt aus Erfurt,
frühere V.-Nr. 31 106.

Wir bitten diese Änderung ins Verzeichnis der Ausgeschlossenen nachzutragen.

Der Verbandsvorstand.

Der Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten.

Ueber die bekannte, am Sonntag, den 1. März, in Leipzig stattgefundene Versammlung der Kartonnagen- und Etuisfabrikanten berichten die „Leipziger Neuesten Nachrichten“:

„Anlässlich der Oster-Vormesse fand gestern hier eine Zusammenkunft von Kartonnagen- und Etuisfabrikanten statt, die von etwa 70 Interessenten, teils Delegierten von Lokalverbänden der Branche, teils Einzelfabrikanten aus verschiedenen Orten des Deutschen Reiches besucht war. Zweck der Zusammenkunft war die Schaffung einer einheitlichen Organisation für die Kartonnagenindustrie, um damit die Beseitigung der bestehenden Mißstände, vor allem die schädliche Preisdrückerei, nach Möglichkeit anzustreben. Bei den eingehenden und längeren Beratungen wurde die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Fabrikanten der Branche allseitig anerkannt. Die Versammlung sprach sich schließlich für Gründung eines Zentralverbandes deutscher Kartonnagenfabrikanten aus. Von der Bildung einer allgemeinen Preisconvention soll abgesehen werden, vielmehr die Regelung von Preisangelegenheiten den lokalen Verbänden überlassen bleiben. Es wurde ein geschäftsführender Ausschuss gewählt, der bis zur ersten Generalversammlung, die voraussichtlich im Mai d. J. stattfindet, die Organisation leiten und ausbauen, sowie die in der Versammlung gestellten Anträge durchberaten soll. Sitz des neuen Verbandes ist Nürnberg.

Die Witwen- und Waisenverforgung.

Es ist jüngst an anderer Stelle unserer Zeitung darauf hingewiesen worden, daß eine der nächsten Aufgaben des Reichstages darin bestehen sollte, die längst angekündigte Witwen- und Waisenverforgung einzuführen. Nach einem Beschluß des Reichstages soll das Gesetz schon im Jahre 1910 in Kraft treten; es ist also die höchste Zeit, wenn man für die Notleidenden noch etwas Ersprießliches schaffen will. Daß man sich neuerdings mehr mit dieser sozialpolitischen Pflicht beschäftigt, hat eine eigene Vorgeschichte, mit der wir uns zunächst etwas beschäftigen müssen.

Obwohl die Reichsregierung schon zu Beginn der sozialpolitischen Gesetzgebung die Witwen- und Waisenverforgung als einen nötigen und zu schaffenden Teil, als sogenannten Schlüsselstein der Arbeiterversicherung ins Auge gefaßt hatte, ist man nicht sonderlich bemüht gewesen, die Krönung des Gebäudes der Arbeiterversicherung vorzunehmen. Zwar hat der Staat gern und willig für die Angehörigen seiner Beamten usw. gesorgt, aber für die Arbeiter und sonstige erwerbende Bevölkerung hat man seither nichts getan.

So konnte das Zentrum den billigen Ruhm erwerben, die gesetzliche Regelung dieser Art Fürsorge zuerst nach längerer Zwischenpause wieder angeregt zu haben. Es war bei den Zolltarifkämpfen des Jahres 1902, als das Zentrum in der ersten Lesung durch seine sämtlichen Redner versichern ließ, daß sie nur dann den erhöhten Zöllen zustimmen würden, wenn die Mehreträge aus Nahrungsmittelzöllen zugunsten der Arbeiter verwendet würden. Abg. Geld sagte damals: „Wir haben fest und bestimmt erklärt, daß die Mehreinnahmen aus den Agrarzöllen für soziale Zwecke verwendet werden sollen, und in erster Linie ist hier die Witwen- und Waisenverforgung ins Auge gefaßt.“ Diese unzweideutige Erklärung galt aber nur für die erste Lesung im Plenum. Als dann in der Kommission der Antrag eingebracht war, hatte man aus dem einige hundert Nummern umfassenden Abschnitt der Agrarzölle nur 12 Nummern herausgeholt. So fehlten die Zölle für Hülsenfrüchte, Getreide, Graupen, Obst, Gemüse usw. Da kein Redner nur von einem Teil der Agrarzölle geredet hatte, bedeutete schon diese Einschränkung einen Bruch des feierlichen Versprechens. Entgegen dem Antrag der Sozialdemokraten, die die Zölle für Obst, Gemüse, Hülsenfrüchte, Kartoffeln usw. auch in ihren Mehreinnahmen dazu verwendet wissen wollten, stimmte das Zentrum nur für die 12 Positionen.

Nun glaubten ja die Zentrumsmitglieder nicht daran, daß die durch ihren Antrag gewonnene Summe zur Einrichtung der Versicherung genügen werde. Es sagte denn auch Abg. Trimborn, daß nach den von der Kommission beschlossenen Zollsätzen die in dem Zentrumsantrage genannten Artikel durchschnittlich 91 Millionen Mark Mehreinnahmen an Zöllen bringen würden. „Die erforderlichen Mittel,“ heißt es weiter im Bericht, „könnten zur Hälfte aus den Zinsen des anzunehmenden Fonds und aus den jährlichen Mehreinnahmen, zur anderen Hälfte aber durch Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber aufgebracht werden.“ Wenn die erwartete Mehreinnahme von 91 Millionen Mark fünf Jahre gesammelt war, dann hätte nach Trimborns Rechnung ein Kapital von 455 Millionen Mark im Jahre 1910 zur Verfügung gestanden. Die Zinsen des Kapitals mit 17 Millionen Mark und die jährlichen Mehreinnahmen mit 91 Millionen Mark hätten eine Summe von 108 Millionen Mark ergeben, wozu die andere Hälfte aus den Beiträgen kam. Es standen dann insgesamt 216 Millionen Mark zur Verfügung. Wenn nun, nach Trimborns Rechnung, jede Witwe nur 100 Mk., jede Waise nur 33⅓ Mk. erhielt, dann waren bei 1½ Millionen Arbeiterwitwen und 2½ Millionen Kindern rund

240 Millionen Mark pro Jahr erforderlich. Es reichten also die angelegten Summen trotz der jämmerlich geringen Renten noch nicht zur Durchführung aus, doch ließ sich wohl mit der Zeit eine Ausgleichung erreichen — wenn nicht das Zentrum gewesen wäre.

Dieses selbst machte die Durchführung des Gesetzes in der vorgeschlagenen Weise dadurch unmöglich, daß es folgenden Antrag zur Annahme brachte, der nun als § 15 des Zolltarifgesetzes noch besteht:

„Der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Nett Zolltrug der nach den Tarifstellen 1, 2, 102, 103, 105, 107, 107a und 160 des Zolltarifs zu verzollenden Waren, welcher den nach dem Durchschnitt der Rechnungsjahre 1898 bis 1903 auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Nett Zolltrug derselben Waren übersteigt, ist zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenverforgung zu verwenden.“

Die genannten Positionen des Zolltarifs betreffen folgende Waren: Roggen, Weizen und Spelz, Rindvieh, Schafe, Schweine, Fleisch und Mehl. Sofern die Einwohner des Reichs durch die höhere Verzollung dieser Waren schwerer als bisher belastet werden (d. h. im Durchschnitt der Jahre 1898 bis 1903) soll der Mehretrag für die Witwen- und Waisenverforgung verwendet werden. Dieser Antrag enthält zwei Verschlechterungen der Kommissionsbeschlüsse, denn es sind daraus die Zölle für Getreide, Getreide, Butter, Eier und Käse gestrichen, die etwa 20 Millionen Mark bringen sollten. Diese Summe ging also zunächst verloren. Dann erhöhte er die Einnahmen der Reichskasse aus den Zöllen auf Roggen, Weizen, Vieh, Fleisch, Mehl. Die Einnahmen des Reichs wurden sichergestellt und alle Schwankungen, die durch die Schwankungen der heimischen Ernte entstehen, werden auf die Witwen- und Waisenverforgung abgewälzt. Doch davon später.

Diese Verschlechterung war aber dem Zentrum noch nicht genug. Statt für die verminderten Zeil-einnahmen höhere Beiträge zu fordern, mußte Trimborn bei der Begründung des Verschlechterungsantrages ausführen, daß seine vorherigen Betrachtungen in der Kommission ganz unverbundene Erwägungen eines einzelnen Abgeordneten seien. Er habe damit nicht sagen wollen, daß in dem künftigen Gesetz, welches bis zum 1. Januar 1910 in Kraft treten soll, nun unter allen Umständen Beiträge seitens der Arbeitgeber oder Arbeiter vorzuziehen seien. Er müsse im Gegenteil sagen und erklären, daß im Kreise seiner Freunde, d. h. der Zentrumsparlei, lebhaft Bedenken obwalten, die Landwirtschaft und das Handwerk mit neuen Beiträgen für eine Witwen- und Waisenverforgung zu belasten. — Damit hatte Trimborn dem Projekt den Todesstoß versetzt. Um sein Projekt noch nicht ganz aufzugeben, rechnete dann Trimborn vor, daß man bei der Beschränkung auf hilfsbedürftige Witwen mit den zur Verfügung stehenden Summen die Versicherung machen könne. Aber auch diese Hoffnung ist eine trügerische. Nach der „Germania“ sollte eine jährliche Mehreinnahme aus Zöllen noch 60 Millionen Mark betragen. Danach würde, der oben mitgeteilte Teil von Empfängern gerechnet, jede Witwe eine Jahresrente von 30,21 Mk., jede Waise 9,7 Mk. erhalten können. Bei der Beschränkung auf die sogenannten hilfsbedürftigen Witwen, d. h. solche, die auf Armenunterstützung angewiesen sind, würden bei der Annahme von einem Sechstel der ganzen Zahl nur 50 Mk. im Durchschnitt pro Kopf und Jahr gezahlt werden können, eine Summe, die so lächerlich gering ist, daß sie keine Armenverwaltung den Ortsarmen anbieten könnte. Im besten Fall würde um diesen Betrag also die Armenverwaltung entlastet. Von

einer nur einigermaßen den Namen verdienenden Unterstützung wäre keine Rede mehr.

Trotz dieser „ermäßigten“ Einnahmen für die Durchführung hoffte man immer noch auf die Durchführbarkeit derselben. Da im Jahre 1906 die Zölle in Kraft traten, wurden erstmals 17 Millionen als Zollerüberschuss in den Etat eingestellt, die vom Reichstag auf 22 Millionen erhöht wurden; im Jahre 1907 stellte man 18 Millionen Mark in den Etat ein, obwohl man sich darüber klar war, daß die durch Zollerträge geschaffenen Mittel nicht entfernt zu einer Versicherung geringsten Grades ausreichen könnten.

Wie nun die einzuführende Versicherung beschaffen sein soll, darüber ist zwar ein Entwurf ausgearbeitet und den Ministerien der Einzelstaaten zugegangen, doch hat die Öffentlichkeit davon nichts erfahren. Lediglich im Reichstage hat Graf Posadowsky die Angabe gemacht, es solle die Versicherung der Invalidenversicherung angegliedert werden. Für die Witwe rechnete der Staatssekretär auf etwa 78 Mk., für die Witwe etwa 25 Mk. pro Jahr, so daß etwa 117 Millionen Mark zur Verfügung stehen müßten pro Jahr. Es ist dann später nochmals von dem gleichen Redner betont worden, daß bei der Zusammenfassung der gesamten Versicherungsarten auch die Witwen- und Waisenversicherung unbegriffen sein müsse. Er glaube diese Arbeit — nämlich die des Zusammenlegens — im Laufe des Sommers 1907 leisten zu können, und er habe keinen Grund anzunehmen, daß er dieses Versprechen nicht halten werde. Seine Ansichten über die Aussichten der Durchführung hat Graf Posadowsky an anderer Stelle dahin präzisiert, daß ohne Erhöhung der Beiträge zur Invalidenversicherung nichts Kennenwertes zu schaffen sei. Selbst wenn die Beiträge eingehen, die nach dem Zollltarif bestimmt sind, werde man nur die hilflosbedürftigen Witwen — keine Waisen — unterstützen können. Zur Durchführung der beiden Versicherungen würden sehr große finanzielle Mittel erforderlich sein.

Es sind nach den Vorschlägen von Posadowsky noch andere Projekte aufgetaucht, die eine grundlegende Veränderung nicht bedeuten. Regierungsrat Dufmann will die Versicherung auf solche Witwen beschränkt wissen, die Kinder zu unterhalten haben oder erwerbsunfähig sind. Es um wolle nur den bedürftigen Witwen Unterstützung geben, während die Leichter abgestuften Beiträge nach der Sterblichkeitsziffer der einzelnen Betriebe erheben will.

Einen sehr beachtenswerten Vorschlag machte dann der Abgeordnete Molkenbührer im Reichstage, den Fr. Klees in einem Artikel der „Neuen Zeit“ als den gangbarsten Weg bezeichnete. Vollenbüchler schlug vor, die geplante Versicherung mit der Invalidenversicherung zu verbinden. Die Beitragsleistung bei Heiratsfällen, Todesfällen usw. wird aufgehoben. Beim Tode des Versicherten erhalten die Hinterbliebenen die Rente, die dem Verstorbenen im Falle

der Invalidität zugekommen wäre. Klees berechnet, daß bei circa 42 000 Todesfällen im ersten Jahr 6½ Millionen Mark gebraucht würden. Demgegenüber steht schon als Einnahme die durch den Fortfall der Beitragsleistung ersparte Summe von circa 8 Millionen Mark pro Jahr. Würden dann hierzu noch die Zollerüberschüsse und die Einnahmen aus einer eventuellen Beitragserhöhung genommen, dann wäre, unter Bewährung des Reichszuschusses, die Durchführbarkeit wohl gegeben.

Einen neueren Vorschlag macht auch noch Geheimrat Loeper. Er sieht auch Beitragsleistung und Einnahmen aus den Zöllen vor. Die Renten sollen nur an Waisen und erwerbsunfähige oder über 70 Jahre alte Witwen gezahlt werden. Beim Tode des unehelichen Vaters soll die Waisenrente nicht gezahlt werden. Für Witwen sollen die Renten, je nach der Beitragsleistung, 60 bis 180 Mk., für Waisen nur 36—84 Mk. pro Jahr betragen. Wenn daneben auch noch freie Behandlung in Krankheitsfällen, Sterbegeld und andere Nebenleistungen gewährt werden sollen, so scheint die Versicherung doch äußerst dürftig. Sie würde nach der Berechnung des Verfassers freilich auch nur 120 Millionen Mark jährlich kosten.

Soweit die verschiedensten Vorschläge, die alle darauf rechnen, daß von den Zolleinnahmen etwas übrig bleibt, wie es so schön berechnet war. Leider hat man sich aber in dieser Beziehung verrechnet. Nach dem jüngst veröffentlichten Abschluß des Reichshaushaltetats pro 1906 bleibt zwar ein Ueberschuss von 27 Millionen Mark, dieser wird aber den Bundesstaaten überwiesen, die dem Reiche 55 Millionen ungedeckte Matrifularbeiträge schuldig sind, die sich nunmehr auf 28 Millionen ermäßigen.

Der Ueberschuss des wirklichen Jahreshaushalts ist aber nur durch den Umstand ermöglicht worden, daß sich die Vorberechnung in einem sehr wichtigen Punkte als falsch erwies. Nach dem Etat sollten, wie oben gesagt, 22 Millionen Mark für die Witwen- und Waisenversicherung zurüdgelegt werden. Es ergab sich aber, daß wider Erwarten kein Pfennig zurüdgelegt war. Nach dem § 15 sollten nur die Mehrerträge, welche nach dem fünfjährigen Durchschnitt den auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Nettogollertrag derselben Waren übersteigen, für die Versicherung verwendet werden. Nun hat sich herausgestellt, daß die Belastung pro Kopf jene des genannten Jahres nicht überstieg; bei erhöhten Zöllen hat die Vermehrung der Einfuhr nicht mit der Vermehrung der Bevölkerung Schritt gehalten. Der Ertrag der Zölle bleibt hinter dem Vorschlag um mehr als 3½ Millionen zurück. Die relativ verminderte Einfuhr bedeutet für die Masse des deutschen Volkes den Entgang von 22 Millionen Mark, die seinen Witwen und Waisen hätten zugeute kommen. Der gleiche Vorgang wird sich wiederholen, wenn durch eine gute Ernte die Zolleinnahmen zurückbleiben. Die teuffische Bestimmung des § 15 des Zollltarifgesetzes hat also

nur Wert für die Reichseinnahmen, die jetzt auf eigene Reichseinkünfte rechnen können, während sonst jede reiche Ernte jede Vorausrechnung vernichten konnte. Jeder Ueberschuss für die Witwen und Waisen ist ausgeschlossen, wenn die Zölle die Wirkung haben, daß eine Vermehrung des Getreidebaues eintritt. Beim Roggen frucht jeder Mühlgang von drei Doppelzentnern Einfuhr die für die Witwen bestimmte Zollsteigerung von sieben Doppelzentnern weg. Die Witwen müßten also beten, das Land vor reichen Ernten zu beschützen, da jede Steigerung der Ernterträge ihnen die wenigen Pfennige und die Aussicht auf die Versicherung nimmt. Die Mehrausgaben für teureres Brot sind aber immer vorhanden.

So hat die Finanzpolitik des Zentrums Schiffbruch gelitten, aber die Kosten trägt das gefamte arbeitende Volk. Die Einschaltung des § 15 in das Zollltarifgesetz war ein teuffischer Kniff, durch den die christlichen Arbeiter mit dem Brotwider ausgehöhlt werden sollten. Die Sozialdemokratie hat wohl im Prinzip für die Witwen- und Waisenversicherung gestimmt, aber nicht für die schwindelhafte Art der Einführung. Das Prinzip, für die Witwen und Waisen nur dann ein Almosen übrig zu haben, wenn von einem bestimmten Einnahmezweig unter höchst komplizierten Voraussetzungen ein paar Groschen abfallen, mußte Schiffbruch erleiden.

Will man die Versicherung, wie gesetzlich festgelegt, überhaupt einführen, dann wird man dafür andere Einnahmequellen und feste Beiträge einführen müssen. Wie das zu machen wäre, darüber ein anderes Mal. Vorläufig wird es Aufgabe der Arbeitererschaft sein, darauf zu drängen, daß feierliche Versprechen eingelöst werden; denn Versprechen werden gegeben, um auch eingehalten zu werden und auch die Regierung ist daran gebunden. Das Volk kann verlangen, daß die ausgestellten Wechsel eingelöst werden.

Meine Agitationsreise im Gau 4.

Schon im Frühjahr 1907 sollten einem Wünsche des Gauvorstandes und mehrerer Zahlstellen entsprechend eine Reihe von Agitationsversammlungen im Gau IV mit dem Verbandsvorsitzenden als Referenten stattfinden. Die Zusage des letzteren bezug des Verbandsvorstandes war bereits erfolgt, als die drängenden Arbeiten zum Verbandstag die Verwirklichung dieses Planes unmöglich machten; jedoch wurde für später der Plan im Auge behalten.

Als nun von Breslau aus der Verbandsvorstand an sein Versprechen erinnert wurde, gab er ohne weiteres seine Zustimmung und wurde dann im weiteren Verlaufe des diesbezüglich gepflogenen Briefwechsels vereinbart, daß die Versammlungen in den Zahlstellen des vierten Gaues vom 22. bis 28. Februar stattfinden sollten, und zwar in folgender Reihenfolge: Görlitz den 22., Breslau den 23., Brieg den 24., Rattowitz den 25., Glogau den 26., Posen den 27. und Bromberg den 28. Februar.

schon, da sei Angern der geeignetste Mann. Schulenburg verheimlichte übrigens nicht, daß er es für möglich halte, Stein werde, wenn jetzt übergangen, den preussischen Dienst verlassen — selbst auf diese Gefahr hin ernannte Friedrich Wilhelm III. Angern zum Minister. Ob der Minister von Schulenburg gegen eine der heutigen preussischen Minister Bedenken erheben würde? Sind sie nicht alle darauf bedacht, die „königlichen Kassen zu schonen“? Unterscheidet sie nicht von dem alten Schulenburg wesentlich nur der Mangel an Erkenntnis ihrer eigenen Stellung? Im Jahre 1804 erhielt übrigens Stein ein Ministerium, nicht ohne daß der König selbst noch große Bedenken geäußert hätte — Stein sei ihm zu „erztristlich und genialisch“.

Als Minister erhielt Stein zunächst das Agitations- und Fabrikdepartement, dann auch die Bank, Seehandlung und die Salzadministration — die moderne Einteilung der Ministerien bestand in Preußen noch nicht; an ihrer Einführung war Stein selbst hervorragend beteiligt — ja, der Kampf um eine würdige Stellung des Ministeriums führte seinen ersten Sturz herbei. Mit rastlosem Eifer hatte sich Stein in die Arbeit gestürzt — von Anfang an im harten, nicht immer erfolgreichen Kampf gegen das verrottete Alte, das, wie auch heutigen Tages, nirgends zäher, heftiger verteidigt wird als in Preußen. Um nur ein Beispiel anzuführen: In Preußen bestanden noch die Binnen- und Landzölle, die vom Verkehr innerhalb der gleichen Provinz, Landzölle, die vom Verkehr zwischen den Provinzen erhoben wurden; Stein suchte beide zu beseitigen, bei den Landzöllen gelang es ihm nicht völlig! Bei dem gewaltigen Zusammenbruch, der 1806 mit der Schlacht bei Jena am 17. Oktober einsetzte, war Stein einer der ganz Wenigen, die den Kopf nicht verloren. Ein Berliner Chronist berichtet: „Der Gouverneur von Berlin, Graf von Schulenburg, verließ schon am 19. Oktober in eiliger Eile Berlin.

1808—1908.

I.

In Preußen wird man in diesem Jahre die Hundertjahrfeier der Städteordnung vom 19. November 1808 begehen — mit Recht, ist doch erst jüngst die Städteordnung, das einzige unter Stein selbst noch zu völligem Abschluß gelangte Reformwerk, von einem preussischen Staatsrechtler als das weitaus beste und fruchtbarste Werk der ganzen preussischen Gesetzgebung geschildert worden. Wenn eine eingehende Würdigung der Einführung der Städteordnung dem Jubiläumstage selbst vorbehalten werden mag, so wollen wir heute einen Rückblick auf die Tätigkeit des Freiherrn von Stein in Preußen vor 100 Jahren werfen — muß doch dank der treubigen Reaktion der Junfer und dank der überaus schwächlichen Haltung der Bourgeoisie jeder fortschrittlichen Politiker in Preußen dort anknüpfen, wo der Freier vom Stein vor 100 Jahren das begonnene Werk zu verlassen gezwungen wurde. Karl vom Stein, 1757 in Nassau als reichsunmittelbarer Freier geboren, trat 1780 in den preussischen Dienst und wurde zunächst in der „Bergwerks- und Hüttenadministration“ beschäftigt. Alle Vordienste, auch die beiden vorgeschriebenen Prüfungen wurden ihm erspart, so daß „er, der Reformator des preussischen Staates, niemals irgendein Examen gemacht hat“. Seine Tätigkeit führte ihn auf mannigfachen Reisen durch Deutschland; nachdem er 1784 zum Direktor der westfälischen Bergwerke ernannt war, unternahm er eine längere Studienreise nach England (1786 bis 1787).

Wald nach der Rückkehr wurde er 1787 zweiter, 1788 erster Direktor der märkischen und flebischen Kammer — die Bezeichnung Kammer entspricht etwa den Bezirksregierungen; mehrere Angebote diplomatischer Beschäftigung (Gesandtschaft im

Gaag, in Rußland) hatte er abgelehnt; im Jahre 1793 wurde er Präsident der märkischen, bald darauf auch der flebischen Kammer und stand damit auf dem Wege zu den höchsten Stellen — heißt es doch in einem Schreiben des Ministers von Schulenburg aus dem Jahre 1791: „da doch einmal zu Präsidenden Edelkute bestimmt sind, weil aus ihnen die Minister gewöhnlich wieder gewählt werden,“ eine Uebung, die in Preußen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bis auf den heutigen Tag im Schwünge ist. Stein freilich hatte durch seine ganze bisherige Verwaltungstätigkeit bewiesen, daß er mehr als ein geborener Edelmann war, und in dem gleichen Maße zeichnete er sich 1796—1802 als Oberpräsident in Minden aus, ebenso als Oberpräsident in Münster, das im Frieden von Luneville an Preußen gefallen war, von 1802 bis 1804. Wie außerordentlich Stein über die preussischen Beamten gewöhnlichen Schlages hervorragte, geht originellerweise am besten daraus hervor, daß seiner Berufung in das Ministerium zunächst Widerspruch entgegengesetzt wurde. Als 1803 ein Ministerposten zu besetzen war, kamen ein Herr von Angern und Stein in Betracht. Der vom König um Rat gebeten Minister von Schulenburg äußerte sich etwa folgendermaßen: Er wolle zugeben, daß Herr von Angern seinen Platz im Ministerium dann nicht ganz ausfüllen würde, wenn dieses wie in England und anderen großen Staaten dazu bestimmt wäre, die wichtigsten politischen Verhältnisse, die Oekonomie im Reiche im großen zu beurteilen, Resultate daraus zu ziehen und aufzustellen; zu einem solchen Minister wäre der Freier vom Stein, da er Lebhaftigkeit des Geistes, Kenntnisse und Verstand genug besäße, eher geeignet. Allein das sei die Bestimmung der preussischen Minister als Gesamtheit überhaupt nicht; vielmehr komme es auf einen Mann, der die gewöhnliche innere Administration nach richtigen Grundfäden, mit Erfahrung, Einsicht und gutem Willen leite und die königlichen Kassen

Als Thema für alle Versammlungen galt: „Was tut not, um für unsere Berufsangehörigen bessere Verhältnisse zu schaffen.“

So, wie vereinbart, fanden die Versammlungen an den bezeichneten Tagen statt.

In dem Referat wies ich, gestützt auf amtliche Zahlen, nach, wie die Bevölkerung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten sich immer mehr der Industrie zugewandt habe, so daß seit 1875 ein völliger Umschlag von einem vorwiegend aderbautreibenden Volke zu einem industriellen stattgefunden habe. Diese Entwicklung sei noch durch die immer offensichtlicher zutage tretende Tendenz der Zurückdrängung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe verstärkt worden, woraus resultiere, daß der Arbeiter immer weniger Aussicht hätte, selbst einmal Meister oder gar Fabrikant werden zu können. Es liege daher in seinem Interesse, sich mit seinen Massengenossen zu verbinden um die Lage der arbeitenden Klassen so zu gestalten, daß diese einigermaßen die Früchte ihrer Arbeit genießen und an den reichen Schöpfungen menschlicher Kultur teilnehmen könnten. Denn mit der Verteilung des Ertrages der Arbeit sei es in der heutigen Gesellschaftsordnung übel bestellt: je unangenehmer und schwerer die Arbeit, je geringer sei meistens der Lohn, während umgekehrt den Kindern der Reichen unermessliche Einkommen aus erbtem Besitz mühelos in den Schoß fielen, wie die preussische Einkommensteuerstatistik mit Lehrreichen Zahlen beweise. Zu all diesen Unannehmlichkeiten trete für die Arbeiterklasse noch die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel, die Hinaufreibung der Mietpreise und die Steigerung der Unfallgefahren hinzu. Alles Gründe, die jeden Arbeiter und jede Arbeiterin doppelt antreiben sollten, sich den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen anzuschließen. Sodann exemplifizierte ich auf die Verhältnisse im gesamten Buchbindergewerbe, behandelte in Kürze die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes, wies auf dessen bisherige Leistungen hin und forderte zur regen Propaganda für den Verband und Eintritt in denselben auf.

In Görtlich besteht unsere Zahlstelle erst seit circa zwei Jahren. Sie bildet gewissermaßen den sprechenden Beweis dafür, daß sich unser Verband auch dort einbürgern kann, wo die Lebensbedingungen nicht am günstigsten liegen. Görtlich hat durchweg nur Kleinbetriebe aufzuweisen, die niedere Löhne zahlen, obgleich unsere Kollegen im Jahre 1906 schon eine kleine Lohnserhöhung durchgesetzt haben. Leider stehen noch manche Kollegen unserer Bestrebungen teilnahmslos gegenüber, teils aus unangebrachten Eigennutz, indem sie sich in „Lebensstellungen“ zu befinden glauben, teils durchweht noch die Görtlicher Arbeiterchaft, wie überhaupt die schlesische, jener sogenannte „christliche“ Ergebnissinn, der sich zum Motto gesetzt hat: „Ja, ich bin aufgebracht, geh mir's wie es geht!“ Und der da glaubt, ein hohlgelächeltes Werk zu tun, wenn er die jatte Jugend der oberen Zehntausend nicht in ihren Ausbeutungsgelüsten einschränkt, sondern lieber das

Ebenbild Gottes in Elend verkümmern und verkümmern läßt. Der Besuch der Versammlung ließ zu wünschigen übrig, schloß doch fast ganz die Unorganisierten und Arbeiterinnen.

Breslau hat unzweifelhaft in den letzten Jahren einen Verbesserungssproß durchgemacht, was auch in der Physiognomie der Versammlung zum Ausdruck kam: meistens Kollegen im gefesteten Alter und verhältnismäßig zahlreiche Kolleginnen. Es tat ja aber auch bitter noch, daß in der schlesischen Metropole einmal Hand angelegt wurde, den Lohn- und Arbeitsverhältnissen aus der Wiedermeyerzeit ein etwas modernes Gepräge zu verleihen. Was es doch ein ungeheurer Zustand, daß Breslau die „führende Rolle“ in bezug auf rüchständige Verhältnisse spielte. Dringend zu wünschen wäre in Breslau das Aufkommen einer leistungsfähigen Großindustrie, die mit der auf langer Arbeitszeit und niederen Löhnen basierenden Kleinkrauterei aufträume und Schlesiens Hauptstadt damit zum Organisations- und Agitationszentrum für Schlesien und Posen in noch weit höherem Maße machte, als dies bisher der Fall sein konnte. Seiner geographischen Lage nach wäre es dazu sehr wohl geeignet. Heiterkeit erregte in der Versammlung die anonyme Postkarte eines „christlichen“ Kollegen, der in der knostigen Weise die Verbandsmitglieder als Leute bezeichnete, die nicht arbeiten wollten und könnten. Am Nachmittag des Versammlungstages fand sodann noch eine vertrauliche Besprechung der führenden Breslauer Kollegen mit mir statt über Agitation, Verwaltungsangelegenheiten und eventuelle Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters.

Brieg. Wer hat nicht diesen Namen schon mit Schauern von unseren Kollegen aus der Kontobuchbranche nennen hören. Und wahrlich ist es ein unerwähltes Bild, das sich in Brieg darbietet. Ich kann es hier nur mit ein paar Strichen zeichnen, eine eingehende Würdigung der Brieger Verhältnisse muß einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. Zwei Firmen — Löwenthal und Heinze — beschäftigen jede circa 800 Personen. Die überwiegende Mehrzahl bilden die Arbeiterinnen, wie aus folgendem hervorgeht. Bei Löwenthal werden beschäftigt 8 gelernte Buchbinder, circa 120 Hilfsarbeiter, die übrigen Beschäftigten sind Arbeiterinnen. Durchweg herrscht Affordarbeit in Verbindung mit dem Kolonnenstystem. Die Anfahrer und Jutträger von Material werden auf Zeitlohn beschäftigt und von den Affordarbeitern entlohnt. Die sonstigen Zeitlohnarbeiter (Zuschneider usw.) werden sowohl von den Werführern als auch von den Affordarbeitern genügend angetrieben, um ihre volle Arbeitskraft einzusetzen für unmenslich niedrige Löhne. Was doch ein verheerender Hilfsarbeiter in der Brieger Versammlung, dem man das harte Arbeiten ansah, der für 13,50 Mk. Wochenlohn sich abscheiden mußte. Auch die Affordarbeiter, zumal die weiblichen, werden in harter Fron gehalten, indem man ihnen die Affordpreise von Zeit

zu Zeit herabsetzt. Mit Lammesgeduld werden solche Abzüge getragen; anstatt Schutz beim Verband zu suchen, wird durch vermehrte, die Gesundheit zerrüttende Schufterei der bisherige Lohn zu erreichen gesucht. Hier in Brieg wird das Wort zur flammenden Wahrheit: „Affordarbeit ist Mordarbeit.“ Wie es überall der Fall ist, wo die Organisation nicht mitbestimmend auf die Preise einwirken kann.

Etwas besser sollen die Verhältnisse bei der Firma Heinze liegen, wo 42 gelernte Buchbinder unter einem Personal von 800 Köpfen beschäftigt werden. Im übrigen liegen die geschäftlichen Einrichtungen und Arbeitsmethoden ähnlich wie bei Löwenthal, nur mit dem Unterschied, daß hier mehr Postkartenalben, während dort vornehmlich Kontobücher hergestellt werden. Die Gefängnisarbeit soll ganz aufgehört haben.

Außer den beiden genannten Firmen besteht in Brieg noch eine Luxuspapierfabrik Goldner u. Co., die von Berlin hierher verlegt wurde und circa 100 Personen beschäftigt soll.

Auf die Brieger Erzeugnisse trifft vielfach das Neuleuzische Wort von der Weltausstellung in Chicago zu: „Billig und schlecht!“ Die deutsche Industrie kann mit derartigen Leistungen keine Ehre einlegen. „Made in Germany“ wird der Ausländer verächtlich sagen, wenn ihm Brieger Postkartenalben für mehrere 100 Karten in Ganzpapier „dauerhaft“ gebunden in die Hände geraten werden. Hier hätte die Fachpresse eine dankbare Aufgabe, zur Hebung des Gewerbes durch rüchichtslose Kritik beizutragen. Vielleicht könnten auch diejenigen Volkskreise, die dem Volke die Kunst ins Haus bringen wollen und der Meinung sind, daß für das Volk „das Beste gerade gut genug ist“, dafür erwirmt werden, den Kampf gegen solche Schundartikel aufzunehmen. Für uns ist die Frage von hoher Bedeutung, da es uns nicht gleichgültig sein kann, ob der Markt von Schleudermasse überschwemmt, die Qualität der Arbeit und der Arbeiterchaft herabgedrückt und letzten Endes dadurch ein ausgebeutetes und ausgemergeltes Geschlecht herangezüchtet wird.

Nur wenige Hilfsarbeiter waren in der Versammlung anwesend, Arbeiterinnen gar nicht. Der Versammlungsraum war klein, denn hier in Brieg beginnt schon das „berühmte“ oberösterreichische Regiment mit seinen Saalabreibungen, so daß in Brieg kein größeres Versammlungslokal zur Verfügung stand.

In Rattowitz war ich angenehm überrascht, zum größten Teil Kollegen in der Versammlung zu treffen, die bereits den „militärpflichtigen“ Jahren entwachsen waren und auf die jüngeren Kollegen wohlwund einwirkten, so daß in Rattowitz fast alle Kollegen organisiert sind. Die Rattowitzer befestigten sich auch mit Erfolg, in den umliegenden Städten die Kollegen für den Verband zu gewinnen. Die Zahl derselben ist nicht sehr groß, weil unsere Industrie gegenüber „Kohle und Eisen“ nicht so in-

... Die Verwirrung, die Rat- und Rutlosigkeit, welche infolge der Unglücksnachricht in der Stadt herrschte, ist kaum zu beschreiben. ... Die reichen und vornehmen Leute, die höheren Staatsbeamten flüchteten Gais über Kopf nach Sietlin, nach Küstzin oder nach Schlesien. ... So groß war die Angst, daß die Staatsbeamten nicht einmal daran dachten, die Klasse in Sicherheit zu bringen. Nur der Minister vom Stein machte eine rühmliche Ausnahme; obgleich krank, sorgte er doch dafür, daß der Staatschatz gerettet werde.“ Also gerade dieser Minister vom wahren Verdienst mußte alsbald aus seinem Amt scheiden. Gerade der Zusammenbruch ließ ihn mit noch größerem Nachdruck als zuvor darauf bestehen, daß den Ministern größere Selbständigkeit eingeräumt und daß vor allen Dingen der Kabinettsrat beseitigt würde, der in dauernder unmittelbarer Verührung mit dem König einen überwiegenden Einfluß ausübte, einen Einfluß, der um so verderblicher, als die Herren Kabinettsräte von feinerlei Verantwortlichkeit besetzt waren. Wie stets gab der charakterlose und willenlose König nur halb nach, und als Stein, dem Ernst der Lage entsprechend, fest blieb, wurde er in der schroffsten Weise am 3. Januar 1807 verabschiedet. Als der Staatsrat Niebuhr den Wortlaut des „ungeheuren, unbegreiflichen“ Briefes erfuhr, durch den der König Steins Abgang bewirkt hatte, rief er aus: „Mir durch ein solches Maß der Verblendung und des Wahnsinns läßt sich der Gang der Auflösung begreifen, bei dieses Land zum Untergang geführt hat.“ Und Stein selbst schrieb an Niebuhr: „Ich verspreche mir nichts von den Ingeredenzen des Hofes von Wemel; es ist eine geistlose, geschmacklose Zusammensetzung, feiner als der faulenden Märgung fähig. Sollte man mich einst wieder bedürfen, so werde ich mir eine Garantie gegen unanständige Behandlung ausbedingen.“ Es konnte nicht lange dauern, bis man selbst an diesem

Hofe, in eine immer elendere Lage geratend, noch einmal die Hilfe des Freiherrn vom Stein anrief. Im Herbst 1807 übernahm Stein von neuem das Ministerium; die kurze Geschichte desselben — es dauerte nur bis zum Herbst 1808 —, die Art, wie dieser wahrhaft große Mann behandelt und endlich gestürzt wurde, ist einer eingehenderen Besprechung wert, — sie dürfte mit manchem „patriotischen“ Vorurteil aufzuklären, mit dem die Jugend in Preußen vollgepfropft, das Volk auch im späteren Alter noch nach Möglichkeit gefüttert wird, um dem wahren Fortschritt Hindernisse in den Weg zu werfen. Zu vor wollen wir kurz die großen Pläne beleuchten, mit denen Stein zum zweiten Male ein Ministerium in Preußen annahm.

In Rastau, wohin er sich auf seine Familiengüter zurückgezogen, hat Stein eine Denkschrift verfaßt, die in großen Zügen die Gedanken und Pläne entwickelt, von denen Stein eine Wiedererhebung Preußens erwartete und die unter Einzigeziehung einiger Momente aus früheren Steinischen Aufzeichnungen wohl als das Programm betrachtet werden können, mit dem er sein zweites Ministerium im Herbst 1807 antrat.

Als erste Forderung begegnet uns die Beschränkung des persönlichen Regiments des Monarchen; statt des allmächtigen und verantwortungsreichen Kabinetts wird ein Ministerkollegium verlangt, bestehend aus Ressortministern statt der früheren Provinzialminister. Das vielfach zerstückelte und dadurch schwer kontrollierbare Kaiserwesen soll vereinfacht, an die Spitze die Generalkassakasse gestellt werden. Die Justiz muß durchweg von der Verwaltung getrennt, in besonderen auch die Patrimonialgerichtsbarkeit beseitigt werden, die namentlich auf dem flachen Lande, von den Junkern als Rittergutsbesitzer ausgeübt, schwer auf dem Volke lastete. Weiter verlangt Stein die Verbollkommnung der Unterrichtsanstalten besonders der Land-

schulen. „Ihre Einrichtung muß fortgeschritten, damit eine größere Masse gründlicher Kenntnisse sich durch die ganze Nation verbreite.“ So bescheiden diese Forderung klingt — sie erhält ihre Bedeutung, wenn man sie mit einer Kabinettsorder an den Minister von Voß, datiert Berlin, 31. Dezember 1808, vergleicht. Dort heißt es: „Wer den Kindern dieser arbeitssamen Klasse mehr aufpropfen und selbst diese wenigen Gegenstände über einen sehr mäßigen Grad anbauen will, macht sich eine vergebene und undankbare Mühe, auch handelt er dem wahren und großen Interesse dieser gesungenen Menschen, der Ruhe der Gemüter, dem Gleiße und der Emsigkeit im Beruf und damit dem Wohle des Staates entgegen. ... Die Kinder der arbeitssamen Volksklasse ... sollen ihren Katechismus, Bibel und Gesangbuch lesen, ihren geringen und eingeschränkten Verhältnissen gemäß scharfen und rechnen, Gott fürchten, lieben und danach handeln, die Obrigkeit achten und den Nächsten lieben lernen.“ Gegenüber solchen von höchster Stelle, vom Hohenzollernkönig vertretenen Grundfassen erscheint uns Steins Forderung nicht mehr unbedeutend; müssen wir doch sagen, daß wir auch heute noch in Preußen seinen bescheidenen Satz jedem Unterrichtsminister an das Herz legen möchten, da heute wie damals in unseren konservativen, östlichen Junkerkreisen die Auffassung jener Kabinettsorder geteilt wird; möglichst wenig Wissen dem Volke, damit es dumm, gottesfürchtig, zufrieden mit seinen „geringen und eingeschränkten Verhältnissen“ und vor allen Dingen gehorsam bleibe.

Mit der Bildung allein aber war es namentlich damals für den Bauern nicht getan, der in den Händen der Horigkeit schmachtete. Stein forderte für den Bauernstand die persönliche Freiheit und freies Eigentum an dem von ihm bebauten Lande. Die Hünfte sollen eingeschränkt oder aufgehoben und damit das Gewerbe auch auf das flache Land hinausgeführt werden.

Betracht kommt. Der Bergbau mit seinen zahlreichen Nebengewerben drückt der ganzen Gegend, die zu den bevölkerteren der Erde gehört, sein Gepräge auf. Ich habe die Leberzeugung mitgenommen, daß die Kollegen an der „Dreikaiserstadt“, trotz der tatsächlichen Nachbarschaft, gute Nacht halten, daß der Gebante der gewerkschaftlichen Organisation immer breiteren Boden gewinnt, nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch unter den Arbeiterinnen des ober-schlesischen Industriebezirks.

Glogau gehört zum alten Besitzstand unseres Verbandes. Die meisten Kollegen werden in der Firma Carl Flemming N.-G. beschäftigt und sind organisiert, während die weiblichen Kollegen nur zum geringen Teil dem Verbandsangehörigen. Die Lohnverhältnisse sind nicht ungünstig, nur wurde über allzu viele Uebelstunden geklagt, deren Abstellung mit Schwierigkeiten verbunden ist, weil es in Glogau eine „industrielle Reservearmee“ nicht gibt, soweit unser Gewerbe in Betracht kommt. Der Zusammenhalt in Glogau ist ebenso wie der follegiale Verkehr ein guter zu nennen.

Von Posen kann man das Letztere allerdings nicht behaupten, woran die früheren Vorsitzenden der Zaststelle, besonders der zuletzt seines Amtes waltende, einen nicht geringen Teil Schuld tragen. Der nationale Gegensatz zwischen Polen und Deutschen, der durch die verfehlte Ostmarkenpolitik der preussischen Regierung noch verstärkt wird, trägt auch gerade nicht dazu bei, das Verhältnis zu einem besseren zu machen. Die Besprechung — denn eine Versammlung kam nicht zustande — trug daher hauptsächlich den Charakter einer Beratung, bei welcher erwogen wurde, wie dem daniederliegenden Verbandsleben in Posen aufgeholfen werden könnte. Daß eine geregelte Verwaltungstätigkeit innerhalb der Zaststelle und eine statische Aufnahme zur Ergreifung der wirklichen Lage unserer Kollegenschaft notwendige Vorbedingungen für Erreichung eines solchen Zieles seien, wurde allseitig anerkannt. Es steht zu hoffen, daß die Posenischen Kollegen dementsprechend ihre ganze Kraft einsetzen werden.

Dromberg war die letzte Stadt, in der ich zu referieren hatte. Auch hier wieder der leidige Lokalmangel infolge der behördlichen Praxis, die Wirte zu drangsalieren, wenn sie ihre Lokale zu sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Versammlungen hergeben. Daher mußte auch die Versammlung in einem kleinen Hinterstübchen stattfinden, gerade, als ob mir zum Schluß noch einmal ad oculos demonstriert werden sollte: „Die Arbeiter haben im Osten das Versammlungsrecht, aber wenn sie es benutzen wollen, werden sie daran gehindert.“ Es hatten sich fast nur Mitglieder eingefunden. Die männlichen Berufsangehörigen sind verhältnismäßig gut organisiert, etwas windiger sieht es dagegen bei den weiblichen aus. Auch mit der pünktlichen Beitragszahlung bleibt in Dromberg manches zu wünschen übrig. Möge die Diskussion, die nach dem Referat lebhaft einsetzte, mit dazu beitragen, auch in dieser Beziehung eine Verbesserung herbeizuführen.

Ueberschaue ich das Resultat der stattgehabten Versammlungen, so wird der Wert derselben nicht in den gemachten Aufnahmen neuer Mitglieder zu suchen sein — denn die waren leider nicht sehr zahlreich —, sondern in der gegenseitigen Aussprache über die in Betracht kommenden Verhältnisse, über die Mittel, welche zur Verbesserung derselben uns zur Verfügung stehen und in welcher Weise sie am zweckmäßigsten angewandt werden können.

So wurden auch die Versammlungen meistens von den Funktionären der verschiedenen Zaststellen bewertet. Nach den Versammlungen fanden meistens noch zwanglose Unterhaltungen statt, in denen Erinnerungen aus alter und neuer Zeit ausgetauscht wurden.

Für ihre Bemühungen um die Abhaltung der Versammlungen und für die freundliche Aufnahme sage ich allen Kollegen im „Osten“ aufrichtigen Dank. E. Klotz.

Zur Tarifbewegung in Rheinland.

Bei der Betrachtung der Tarifvereinbarungen, wie solche innerhalb unseres Verbandes intensiv angestrebt werden, haben wir die sonderbarsten Erscheinungen zu verzeichnen. Wehen wir von der Voraussetzung aus, daß es bei Tarifverhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und denen unseres Verbandes beiderseits an ehelichem Willen, die Tarifverträge zu fördern, nicht fehlte, so muß doch bemerkt werden, daß bezüglich dieser Bestrebungen unsere Kollegenschaft stets die treibende Kraft war. Wohl läßt sich nicht verkennen, daß es nach den gegebenen Verhältnissen mit Schwierigkeiten vieler Art verbunden ist — was in den meisten Fällen der Gleichgültigkeit der indifferenten Berufsangehörigen beider Teile zuzuschreiben ist —, so darf es jedoch nicht ungesagt bleiben, daß

die Prinzipalität nicht nur nicht das genügende Interesse zeigte, sondern sogar verschiedentlich den Anschein erweckte, als sei es ihnen mit den tariflichen Bestrebungen nicht sonderlich ernst. Man hat sich seitens der Prinzipale noch schlecht daran gewöhnen können, die auch noch so bescheidenen Forderungen der Gehülften als berechtigt anzuerkennen.

Nehmen wir uns bei dieser Angelegenheit die Sagen einzelner Arbeitgeberverbände einmal vor Augen, so finden wir fast immer den schönen Passus, wo von dem Entgegengetreten u n b e r e c h t i g t e r Forderungen der Gehülften die Rede ist. Warum glaubt man aber für sich das Recht in Anspruch nehmen zu können, Tarifverträge nach eigenem Schema zu gestalten? Warum erkennt man nicht die nackten Tatsachen an, die die Berechtigung der Arbeiterforderungen darlegen? Wie unheilvoll solche Kurzsichtigkeit ist, beweisen die diesbezüglichen Kämpfe, die ausgefochten werden mußten, um den angebahnten Tarifbestrebungen Nachdruck zu verschaffen.

Bei den Buchdruckerprinzipalen herrscht ja allenthalben eine gesunde Ansicht, und dies infolge eigener Erfahrung auf dem Gebiete der Tarifverträge, wie ja der Buchdrucker tarif im Grunde genommen nur der guten Organisation dieses Berufes zuzuschreiben ist. Gerade das Letzte ist bei Betrachtung dieser Materie besonders beachtenswert und muß stets als Voraussetzung bei Tarifbestrebungen in den Vordergrund gerückt werden. Bei jeder Gelegenheit muß den der Organisation noch fernstehenden Kollegen an der Hand bestehender Tarife gezeigt werden, welche günstige Arbeitsbedingungen von einer gut disziplinierten und organisierten Arbeitererschaft erzielt werden können. Wie oft stößt man bei der agitatorischen Werberarbeit auf die nichtsagendsten Äußerungen der indifferenten Kollegen, daß der Verband noch nichts genutzt — wobei ihre eigene Schuld natürlich begeben wird — oder man habe den Verband nicht nötig, weil man sich angeblich in einer Lebensstellung befinde usw. Es muß bei solchen Gelegenheiten stets der Gegenbeweis geführt werden, was um so leichter ist, da gerade in den letzten Jahren in unserem Berufe nennenswerte Errungenschaften durch den Verband erzielt wurden. Wie sieht es übrigens mit solchen nichtsagenden Bemerkungen in Wirklichkeit aus? Neben der persönlichen Gleichgültigkeit verraten sie zuweilen die versteckte Angst vor den zu verlierenden — angeblich aber gesicherten — Stellen. Wehe aber, wenn bei Einbruch einer geschäftlichen Krise das Nebelbild der angeblich gesicherten Stellung zerstört wird. Hüßlos, ohne jeden Rückhalt sind diese oberflächlichen Leute der Not und dem Elend preisgegeben und welche Folgen entstehen hieraus oftmals für die davon betroffene Familie. Hinausgetrieben in das rastlose Weltgetriebe, sucht sich diese Kurzsichtigkeit in oft qualvollen Leiden ihr Ende. Wie oft ist der Ruf des unumgänglichen Zusammenschlusses der gesamten Arbeitererschaft an der Gleichgültigkeit abgeprallt und hier heißt es immer und ständig, werdende Tätigkeit zu einstellen.

Kommen wir nun zu der Tarifbewegung der einzelnen rheinischen Städte, wie Düsseldorf und Köln, wo solche bereits ihren Anfang genommen, so sehen wir auch hier seitens der Buchdruckerprinzipale in bezug der Arbeitszeitregelung ein etwaiges Entgegenkommen, andererseits gegenüber den Lohnforderungen jedoch eine kühle Zurückhaltung. Bei der Abwägung der zu stellenden Lohnforderungen muß besonders beachtet werden, daß in den letzten Jahren die Miet- und Lebensmittelpreise in einer Weise gestiegen sind, daß von einer schriftlichhalten Entlohnung der Arbeiter nicht gesprochen werden kann. Ganz besonders trifft dies für das rheinische Industriegebiet zu, weshalb auch die Tarifdauer möglichst kurz zu bemessen ist. Ganz besonders ist jedoch darauf hinzuwirken, daß die gesamte Kollegenschaft von Düsseldorf und Köln aufgezweigt wird, um auch einen wirklich guten Tarif einzuführen. Es gilt heute mehr denn je auf dem Posten zu sein. Wie bereits der Bericht aus Düsseldorf in Nr. 7 der „Buchbinder-Zeitung“ zeigt, haben die dortigen Kollegen, obgleich bereits in Rindigkeit stehend, einen Verlagsvertrag mit den Prinzipalen abgeschlossen, um mit Schluß des Jahres den Tarif mit Köln gemeinsam abzuschließen. Daß diese Abmachung ein großes Opfer der Kollegen in Düsseldorf im Interesse der Allgemeinheit und der Organisation im besonderen bedeutet, muß zühnlichst bemerkt werden. Hoffentlich werden die übrigen Kollegen dieses Opfer zu würdigen wissen. Besagt dieses Opfer einen vorläufigen Waffenstillstand, so muß jedoch schon jetzt in engere Fühlung getreten werden, damit, wie ja die Absicht der Prinzipale besagt, der Tarifvertrag für beide Städte — Düsseldorf und Köln — festgelegt werden soll, dann aber auch für beide Städte befriedigend ausfällt. Es besteht wohl die berechtigte Hoffnung, daß es zu einem gütigen Abschluß kommt, obgleich bereits in einem Bericht aus Düsseldorf im Leoschen Anzeiger

vom 22. Februar d. J. etwas ganz Eigentümliches zwischen den Zeilen zu lesen ist. Nebenbei bemerkt, entspricht der Bericht nicht ganz der Wahrheit, worauf allerdings nicht besonderes Gewicht zu legen ist, wie wir ja auch schon früher die Schreibweise im Leoschen Anzeiger zu kritisieren Gelegenheit hatten.

Als besonders beachtenswert haben auch die Nachener Kollegen zu der befristeten Tarifausdehnung sich bereits geäußert und der Hoffnung Ausdruck gegeben, den Tarif auch auf Nachen auszudehnen. Wieviel dies im Bereiche der Möglichkeit liegt, soll noch näher erörtert werden. Wollen nun die Kollegen der in Frage kommenden Städte die Situation richtig erkennen, so heißt es alle Mann an die Arbeit, im besonderen jedoch die Funktionäre der Zaststellen, denn es muß eine Arbeit geleistet werden, wie man solche bisher noch nicht gekannt hat. Es gilt etwas zu schaffen, was den Frieden garantiert. Sobald die tolle Zeit des Karnevals, in welcher bedauerlicherweise die Leichtgläubigkeit der hiesigen Bevölkerung wurzelt, beendet ist, muß allen Ernstes die Arbeit in vollständigem Umfang aufgenommen werden. Wir sind uns des Ernstes der Situation voll bewußt und zeigen wir durch Massenbesuch der demnächst folgenden Versammlungen, daß wir gewillt sind, für das Wohl der Gesamtheit einzutreten. Den Beweis, daß etwas möglich ist, haben Krefeld und andere Orte erbracht, wie ja auch im besonderen die Fortentwicklung der Organisation als ein günstiger Faktor auf die jetzigen Tarifverhandlungen einwirkt. Ganz besonders richten wir die Bitte an unsere organisierten Kollegen, die nächsten Mitgliederversammlungen vollzählig zu besuchen, damit jeder ständig über alles informiert ist. In jedem einzelnen ist es gelegen, zu zeigen, daß es wie bis hierher nicht weiter gehen kann. „Es kann, soll und muß besser werden.“

G. Kaiser.

Der Kartonnagerstreik in Gotha.

Nachdem bekannt wurde, daß auch in Muggensturm bei Dreifuß u. Noos Streikarbeit angefertigt wird, sollte Kollege Weinländer versuchen, dies für die Zukunft zu verhindern. Eine Versammlung der dortigen Kollegen nahm eine Resolution, welche die Zumutung, Streikarbeit zu verrichten, als unberechtigt erklärte und die Erwartung aussprach, daß dies in Zukunft unterbleiben soll, an. Genannte Resolution wurde Herrn Dreifuß unterbreitet. Außerdem wurde Kollege Weinländer bei Herrn Dreifuß vorstellig, um über diese Angelegenheit zu verhandeln, bei welcher Gelegenheit Herr Dreifuß das Versprechen abgab, zur Beilegung des Konflikts in Gotha beizutragen.

Am Mittwoch, den 26. Februar, wurden Unterhandlungen mit Herrn Dreifuß in Gotha gepflogen, welche zu keinem Frieden führten, trotzdem von unserer Seite auf die Wiedereinstellung des gemäßigten Kollegen Seegelfen verzichtet wurde. Wir hofften dadurch über die übrigen Forderungen eine Einigung zu erzielen. Statt des erhofften Entgegenkommens wurden von Seiten der Herren Fabrikanten bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit und „Austritt aus dem Deutschen Buchbinderverband“ verlangt.

Unter diesen Umständen waren wir gezwungen, die Unterhandlungen abzugeben und als gescheitert zu betrachten.

Einige markante Äußerungen, die anlässlich dieser Verhandlungen gefallen sind, haben ein sehr weitgehendes Interesse, so daß es angebracht erscheint, dieselben der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Zunächst betonte Herr Dreifuß, daß der Streik ein unberechtigter sei, da die Lohnforderungen nur nebenächlich gestellt, dagegen die Wiedereinstellung des Gemäßigten die Hauptforderung sei. Aus einer Korrespondenz aus Gotha in Nr. 49 der „Buch.-Ztg.“ vom 7. 12. 07 sei dieses ersichtlich. Aus dem genannten Gothaer Artikel geht aber nun klar und deutlich hervor, daß die Wiedereinstellung des Gemäßigten lediglich in den übrigen Punkten verlangt wurde. Es scheint demnach seitens des Herrn Dreifuß ein Irrtum oder eine Begriffsverwechslung vorzuliegen.

Nach eingehenden Informationen scheint vielmehr die Firma Oesterheld in Gotha befristet zu haben, daß ihr Personal über kurz oder lang mit Lohnforderungen an sie herantreten wird. Um dieses zu verhindern bezw. die Kollegen und Kolleginnen einzuschüchtern, glaubte man ein Exempel statuieren zu sollen, indem man den Kollegen Seegelfen maßregelte. Die Herren Oesterheld glaubten wahrscheinlich auch, daß im Falle eines Streiks eine größere Anzahl ihres Personals als Arbeitswillige weiterarbeiten würde. Die Figura zeigt, haben sich die Herren — wie schon oft anderwärts auch — gewaltig verrechnet.

Von Seiten der Fabrikanten trat ferner die Meinung zutage, daß die Streikenden von der

18. Woche ab keine Unterstützung mehr erhielten. Demgegenüber können wir betonen, daß der Kampf ruhig noch einmal solange dauern kann, ohne daß den Ausständigen auch nur 1 Pf. gekürzt zu werden braucht.

Die Situation ist nach wie vor günstig. Arbeitswillige haben sich seit 12 Wochen so gut wie keine eingefunden und werden sich auch keine finden. Dagegen liegt die Gefahr nahe, daß die genannte Firma womöglich nur wenige oder gar keine Arbeiter noch Arbeiterinnen von den Streikenden mehr erhält, falls der Konflikt noch längere Zeit andauern sollte. In diesem Falle könnte für die Gebr. Westersheld ein Schaden entstehen, der erst nach Jahren wieder ausgeglichen werden könnte.

Die Haltung der Ausständigen ist eine vorzügliche und verdient alle Anerkennung. Wir können demnach den Dingen, die da kommen, mit kühler Ruhe entgegensehen. Trotz alledem sind wir selbstredend jederzeit bereit, zu einem für beide Teile ehrenvollen Frieden die Hand zu bieten.

Noch eine Erscheinung, die wir nicht außer acht lassen wollen, sei hier noch beleuchtet. Unfere Agitation, das Bestreben, Mitglieder zu gewinnen, begehen die Fabrikanten als Hekerei, Aufwiegelung usw. Wenn wir nun Gleiches mit Gleichem vergelten wollten? Wenn wir das Bestreben der Fabrikanten, Mitglieder für die Kartonnagenfabrikantenverbände zu gewinnen, ebenfalls mit eben erwähnten, sehr wenig liebenswürdigen Ausdrücken belegen würden. — Was würden sie wohl dazu sagen, was würden sie wohl dabei empfinden? —

Wie lautet doch gleich jenes Sprichwort? — „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu!“

Wir stehen auf dem zweifellos richtigen Standpunkt, daß die Organisationen der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer berechtigt und notwendig sind. Die für jeden Industriezweig so verderbliche Scheuderkonkurrenz kann nur dann aus der Welt geschafft werden, wenn beide Organisationen Hand in Hand arbeiten. Dieses ist allerdings nur dann möglich, wenn seitens der Unternehmer die Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen als berechtigt anerkannt wird.

Leipziger Brief.

(Schluß.)

Nach Erledigung dieser Klage sollte eine weitere Klage derselben Arbeiterinnen wegen untafflicher Entlohnung vor dem Tarifschiedsgericht Erledigung finden. Doch Herr Enders hatte beschlossen, sich diesem Gericht nicht zu stellen. Er glaubte dies damit genügend zu begründen, daß er anführte: „Die Klägerinnen sind nicht mehr in meinem Betriebe beschäftigt, und deshalb habe ich keine Ursache, mich dem Schiedsgericht zu stellen“. Eine solche Begründung ist doch wenigstens einmal etwas Neues, daß sie sich mit dem Tarif nicht in Einklang bringen läßt, hat Herrn Enders scheinbar kein Kopfschmerzen bereitet. Durch die Vermittlung des Prinzipalsvorsitzenden, Herrn Friedrich, erklärte sich Herr Enders schließlich doch noch bereit, mit Gehilfenmitgliedern des Schiedsgerichts in Verhandlung zu treten. Der Bevollmächtigte dürfte jedoch unter keinen Umständen zugegen sein. Das sollte wahrscheinlich eine Zurückweisung unserer Person bedeuten, die uns aber nicht sonderlich betrübt.

Wir sind verpflichtet, die Interessen unserer Kollegen und Kolleginnen zu wahren, und können uns davon auch nicht durch das Nasekrümpfen eines der Herren vom Buchbindereibesitzer-Verbande abhalten lassen. Es ist übrigens ein Zerrum des Herrn Enders, wenn er annimmt, daß uns die „gewerbsmäßige Hekerei“ Freude bereitet. Das Gegenteil ist richtig. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß unter dem Zeichen der Tarifgemeinschaft beide Kontrahenten alle Ursache hätten, ihre Kräfte im Interesse einer allgemeinen Ausbreitung des Tarifes und einer Bekämpfung der immer noch die herrlichsten Wüsten treibenden Schmutzkonkurrenz gemeinsam zu verwerten. Solange wir jedoch in den Reihen unserer Prinzipale und Kontrahenten selbst noch Tarifverbrecher und Leute finden, die bei der Auslegung einzelner Positionen rücksichtslos nur das eigene Interesse verfolgen, unbekümmert um die der Gehilfenchaft zugefügten Schäden, sind wir zu unserem Leidwesen gezwungen, auch gegen diese unsere Waffen zu führen. Wenn dabei die Firma Enders des öfteren eine Rolle spielt, dann ist dies nicht unsere Schuld. Wir sind von der persönlichen Ehrenhaftigkeit des Herrn Enders überzeugt und auch davon, daß er in seinem Betriebe eine strenge Durchführung des Tarifes wünscht. Wenn wir nun trotzdem in ewigen Nader mit ihm liegen, müssen doch wohl auch Ursachen dafür vorhanden sein. Werden diese beseitigt, dann wird es uns möglich sein, die Firma Enders genau so ungeschoren zu lassen wie eine große Anzahl anderer Betriebe. Das

eine sei jedoch gesagt: die jetzt scheinbar beliebte Adelsstichpolitik nach berühmten Mustern wird uns nicht abhalten, den Kampf so zu führen, wie es uns paßt. Es ist doch eine alte Erfahrung, daß die Geschäfte am besten fahren, in denen die Geschäftsleitung ihren Beamten eine gerechte und humane Behandlung des Personals zur Pflicht macht.

In der Unterredung mit unseren Kommissionsmitgliedern kam denn auch die Mißstimmung des Herrn Enders über unsere „hekerische“ Tätigkeit zum Ausdruck. Die tariflichen Differenzen hingegen würden unseres Erachtens nicht in völlig zufriedenstellender Weise erledigt. Den Arbeiterinnen wurden einige Mark nachgezahlt, dafür aber zwei Stiftungen von je 3000 Mark, die anlässlich des bevorstehenden Königsbesuches bedürftigen Arbeitern des Betriebes gewidmet werden sollten, zerrissen. Wir sind erfreut darüber, denn solche Umosen kommen meist nur Leuten mit „vorzüglicher Führung“ zugute, die namentlich Streibrechern und ähnlichen schreiwerten Leuten gern beschneigt wird, während solche Kollegen und Kolleginnen, die sich ihrer Würde als Arbeiter bewußt sind, kaum Gelegenheit haben, die „gegenwärtige“ Wirkung solcher Stiftungen erproben zu können. Außerdem verlangt die Arbeiterschaft nicht nach wohlthätigen Stiftungen, sondern nach ihrem Rechte und kann ob des Zerreißens der Stiftungen zur Tagesordnung übergehen.

Der Königsbesuch erfordert auch noch einige Worte. Daß bei solchen Gelegenheiten alles getan wird, um dem hohen Besuch einen pompösen Empfang zu bereiten, braucht nicht erst gesagt zu werden. Beim Empfang hielt Herr Enders eine Ansprache, die einige interessante Momente enthält, deshalb auch zum Abdruck kommen mag und mit einigen Worten der Kritik versehen werden soll. Herr Enders sagte:

„Eure Majestät danke ich für die Gnade und die hohe Ehre, die meinem Hause durch den allerhöchsten Besuch erwiesen wird. Ich und meine Mitarbeiter werden stets dieser hohen Auszeichnung eingedenk sein.“

Gestatten Eure Majestät vor der Besichtigung der Fabrik folgende einleitende Worte: Aus den kleinsten Anfängen ist die Firma E. M. Enders hervorgegangen. Herr Emil Alexander Enders gründete sie im Jahre 1859 und leitete sie, sich auf einen kleinen, aber ausserordentlichen Kundenkreis beschränkend, in gewissenhafter treuer Pflichterfüllung bis zu seinem im Jahre 1888 erfolgten Tode. Dann übernahm sein Sohn Max Enders die Leitung der Firma mit einem Bestand von 25 Arbeitern. Von nun an beginnt die Entwicklung des Geschäftes schneller vor sich zu gehen. Bald genügten die früheren Räume nicht mehr, und bereits im Jahre 1898 konnte die Firma ein eigenes Fabrikgebäude in der Salomonstraße Nr. 10 errichten, das sie heute nach weiteren zehn Jahren unter allmählicher Verdrängung der im Anfang aufgenommenen Abmieter mit ihrem Betriebe voll in Anspruch nimmt, und das sie in diesem Jahre durch einen weiteren Neubau vergrößert wird.

Außer dem im dritten Hofe liegenden Maschinenhaus mit je zwei Kesseln, Dampfmaschinen und Dynamos enthält das Fabrikgebäude in sechs Stockwerken 5000 Quadratmeter Arbeitszelle und 2000 Quadratmeter Lagerräume, in denen 400 Beamte und Arbeiter beschäftigt werden und 150 Maschinen neuester Konstruktion und von verschiedenster Art aufgestellt sind. Dieselben werden sämtlich elektrisch einzeln oder in Gruppen angetrieben.

Bei einer täglichen Verarbeitung von zirka 650 000 Druckbogen beträgt die Jahresleistung des Gesamtbetriebes zirka 200 Millionen Druckbogen. Nimmt man zur besseren Veranschaulichung dieser Zahlen an, daß jeder Bogen ein Zehntel Millimeter stark ist, so würden die 200 Millionen Bogen aufeinandergelegt, eine Säule von 20 000 Meter ergeben, die also siebenmal höher wäre als die Zugspitze, der höchste deutsche Berg. Wird ferner für jeden Bogen eine Länge von 1 Meter angenommen, so ergeben die 200 Millionen Bogen nebeneinander gelegt eine Länge von zirka 200 000 Kilometer, die ausreichen würde, um den ganzen Erdball fünfmal zu umspannen. Verarbeitet ergeben die Bogen einer Tagesleistung 60 000 bis 70 000 fertige Bücher und Broschüren, mithin jährlich zirka 20 Millionen Exemplare.

Die Anordnung der verschiedenen Abteilungen des Betriebes entspricht dem Fabrikationsgange, der die rohen Bogen bis zum fertigen Buche durchzumachen haben, und zwar derart, daß die Verarbeitung im obersten Geschloß beginnt und im untersten beendigt ist. Demnach befinden sich im Dachgeschloß die Lagerräume für die rohen Bogen, wie sie die Druckereien abliefern; hier lagern zirka 10 Millionen Bogen. Im dritten Geschloß ist die Handfäzerei und die Maschinenfäzerei, im

zweiten Geschloß: die Borrichterei, die Hekerei und Schneiderei sowie die Schnittmacherei; im ersten Geschloß die Fertigmacherei, die Handpresserei und die Schnellpresserei. Im Erdgeschloß befindet sich eine Abteilung, welche sich ausschließlich mit der Anfertigung von Notizen befaßt, sowie die Kontore der Buchhalterei, der Korrespondenz und der Betriebsleitung, das Privatkontor und das Empfangszimmer. Das Untergeschloß enthält die Zuschneiderei und das Materiallager. Hier befinden sich auch die Lageräume für gebundene und broschierte Bücher, von denen durchschnittlich etwa 400 000 Exemplare eingelagert sind.

Im Jahre 1909 wird die Firma das goldene Jubiläum ihres Bestehens feiern können. In fast fünfzigjähriger Arbeit hat sie sich einen Kundenkreis geschaffen, zu dem die ersten Firmen des deutschen Verlagsbuchhandels und der Industrie gehören; unter ihnen befinden sich Weltkäufer wie E. F. Peters und L. Staackmann, mit denen sie seit mehr als 40 Jahren in ununterbrochener umfangreicher Geschäftsverbindung steht. Mit Befriedigung kann sie heute auf ein Personal blicken, das allen Anforderungen gewachsen und wohl geschult ist, befinden sich doch mehrere Jubilare darunter, die das Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit erhalten haben.

Diese Rede entspricht im Wortlaut einem Bericht, den Herr Enders, um „Entstellungen und Verstümmelungen zu vermeiden“, auch der „Buchbinder-Zeitung“ übermittelte. In der „Vgl. Leipziger Zeitung“ fanden wir jedoch noch folgende Ausführungen:

„Der Verdienst meiner Arbeiter im Jahre 1907 schwankte bei männlichen zwischen 1452 und 2859 Mk., also zwischen 4 Mk. 60 Pf. und 9 Mk. 30 Pf. täglich; bei den weiblichen zwischen 617 und 1096 Mk., also zwischen 2 Mk. und 3 Mk. 50 Pf. täglich.“

Es ist kaum anzunehmen, daß der Berichtserfasser dieser Zeitung sich diese Fügung aus den Fingern gezogen hat, deshalb müssen wir sie als tatsächlich gesehen betrachten und auch in den Bereich unserer Kritik ziehen. — Soweit die Zahl der Arbeiter und Beamten in Frage kommt, scheint eine kleine Abminderung nach oben vorgenommen worden zu sein, denn nach einer im Dezember des Vorjahres vorgenommenen Zählung rechneten wir 87 Gehilfen, 140 Arbeiterinnen und 23 Lehrlinge, in Summa also 250 Personen heraus. Wenn wir nun die Beamten und sonstigen Angestellten mit 50 annehmen, ist das Personal immer nur 300 und nicht 400 Personen stark. Doch diese kleine Differenz soll uns keine Kopfschmerzen bereiten. Etwas anderes ist es schon mit den angegebenen 2859 Mk. Diese sind geeignet, ein absolut falsches Bild von den Lohnverhältnissen des Betriebes und der Buchbinderei im allgemeinen zu entwickeln. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß tatsächlich ein weiser Diabe unter dem Personal 9,30 Mk. pro Tag im Durchschnitt verdient hat, wissen aber auch, daß es Leute gegeben hat, die um einen solchen Lohn drei und mehr Tage arbeiten mußten. Wie die dann auf 1422 Mk. kommen sollen, ist uns ein Rätsel. Uebrigens sind auch lumpige 1422 Mk. kein Jahresverdienst, mit dem man sich brüsten kann, obwohl viele Tausende Arbeiter froh sein würden, diesen zu erreichen. Mürzlied sahen wir Lohnbücher von Arbeiterinnen, die pro Woche 5 bis 6 Mk. verdient hatten. Einzelne waren darunter, die 5 Mk. noch nicht einmal erreichten. Wie die dann auf 617 Mk. im Jahre kommen sollen, können wir mit dem besten Willen nicht fapieren. Deshalb wäre es schon besser gewesen, die Lohnbücher bei jedem einzelnen Arbeiter auf dem Platte zur Schau auszulegen. Freilich, dann würde das Bild nicht so schön, dafür aber naturgetreuer ausgefallen sein. Aber bei solchen Anlässen ist man ja gewöhnt, daß Potemkinsche Dörfer aufgebaut werden, deshalb wollen wir auch über diese weitere keine Worte machen.

Am Schluß gab es dann die übliche „begeisterte“ Subsidigung. Wir versagen es uns, darauf einzugehen. Es sei nur bemerkt, daß von Begeisterung recht wenig zu spüren war. Die liebe Neugierde, vornehmlich aber das durch anhaltend schlechten Geschäftsgang und geringen Verdienst hervorgerufene deprimierende Gefühl der Unsicherheit und die im Interesse einer Aufstellung geleistete Maulwurfsarbeit der Werkführer hat es zuwege gebracht, daß ein Teil des Personals Posto gefaßt hatte. Wir wollen deshalb niemand zu nahe treten, aber wenn wieder einmal, namentlich den Arbeiterinnen, ungedachte Abzüge gemacht werden, glauben wir kaum, daß dann das Königsbild zum Trost aus dem Raisten geholt wird. Dann wird man genau so erbost über die Firma sein als vor dem Königsbesuch, und es wird sich erneut zeigen, daß Massengengnisse bestehen, die selbst durch eine „begeisterte“ Subsidigung eines Königs nicht aus der Welt geschafft werden können.

Korrespondenzen.

Gesperret sind: Gotha.

De s t e r r e i c h. Gesperret sind die Firmen August Knechtlich in Graz und Semlitsch in Radkersburg (Steiermark).

U n g a r n: Zuzug von Linierern nach Budapest ist strengstens zu vermeiden.

S c h w e i z: Gesperret sind: Bern, sowie die Firmen C. Bucher, Buchdruckerei in Luzern, Wwe. Baumer, Geschäftsbücherfabrik in Frauenfeld, und Excoffier, Lithographie in Genf (Genève).

F r a n k r e i c h: Ducloux, Moutier (Savoie).

Vor Arbeitsannahme in Bant-Wilhelms-haven, Darmstadt und Heilbronn ist bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigung nach den Arbeitsbedingungen einzuholen.

Schweizerischer Buchbinderverband. Die vom Buchbinderfachverein Bern am Donnerstag, den 27. Februar 1908, einberufene Versammlung des in Buchbindereien beschäftigten Personals hat einstimmig beschlossen, am Sonnabend, den 29. Februar 1908, die Kündigung einzureichen.

Dieser Beschluß ist dem unqualifizierbaren Verhalten des Berner Buchbindermeistervereins zu verdanken, der in unverantwortlicher Weise die angebotenen Unterhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifes mit nichtsagenden Gründen in die Länge zog, in der offenbaren Absicht, in der flauen Geschäftszeit eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen, um die ihnen verhasste Organisation zu sprengen.

Als Anlaß benützen die Unternehmer das Verlangen eines Minimallohnes von 5 Frank pro Tag und eine Lohnerhöhung von 5 Proz. für diejenigen Kollegen, welche diesen Minimallohn schon längst verdienen.

Der Maß Bern ist für Buchbinder und Arbeiterinnen des graphischen Gewerbes gesperrt.

Berlin. Am 16. Februar fand die ordentliche Generalversammlung der Zahlstelle Berlin statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Gerber den Anwesenden von dem Ableben folgender Kollegen und Kolleginnen Mitteilung: Erik John, Ernst Weichelt, Erik Förster, Paul Krause, Max Gerunemann, Josi Stadurke, Otto Misch, Marie Wendt, Elise Goldmann und Klara Kuhlmann, und wird das Andenken derselben in der üblichen Weise gehalten. Der Geschäftsbericht der Zahlstelle pro 1907 lag gedruckt vor.

Der Mitgliederstand ist am Schlusse des Jahres folgender: 3112 männliche und 3281 weibliche, zusammen 6393 Mitglieder. — Die Ortsverwaltung erlebte ihre Geschäfte in 14 Ortsverwaltungs-, 11 Subkommissionsitzungen und 1 kombinierte Verwaltungssitzung, ferner haben 8 Sitzungen der Statutenkommission stattgefunden. Den Kollegen Vogel, Jakob und Mische wurde wegen unkollegialen Verhaltens eine Rüge erteilt. Die Frage über die Wahl des ersten Vorsitzenden ist dahin geregelt, daß nur Angestellte der Zahlstelle wählbar sind.

Dem Massenbericht, den Bytomski gab, ist zu entnehmen, daß in diesem Jahre die Einnahmen gegenüber dem Vorjahre bedeutend gestiegen sind. Das Gleiche ist aber auch bei den Ausgaben für Arbeitslosigkeit und Krankunterstützung der Fall. Bytomski bemängelt, daß die Vertrauensleute nie pünktlich abrechnen. Wenn die Kollegen geordnete Massenverhältnisse verlangen, dann müssen sie auch darauf dringen, daß die Vertrauensleute pünktlicher arbeiten.

Zu dem Bericht über den Arbeitsnachweis führt Mager aus, daß die Zahl der Arbeitslosen im vierten Quartal weit größer ist, als wie im vierten Quartal des Jahres 1905, daß dagegen die Arbeitsvermittlung im vierten Quartal 1907 weit hinter der des Jahres 1905 zurückbleibt.

Den Bibliotheksbericht gab Maas. Die Bibliothek wurde von 573 männlichen und 318 weiblichen Mitgliedern benutzt. Er ersucht die Versammlung, der Kommission die Ausgaben für Spind, Nummernverzeichnis usw. circa 1000 Mk. zu bewilligen.

An der Diskussion über die Berichte, die eine sehr lebhaft war, beteiligten sich die Kollegen Siebert, Zahn, Mager, die Kolleginnen Frau Schenkin und Frau Bräutigam. Der Antrag der Bibliotheks-kommission wurde mit 177 gegen 135 Stimmen angenommen. Die in den Branchensammlungen gewählten Agitationsmitglieder wurden bestätigt.

Als Beisitzer in die Ortsverwaltung wurden die folgenden Kollegen bestätigt: für die Albumbranche: Freudenreich, Buchbinderbranche: Herzog, Zünemann, Schüller und die Kollegin Unterlauf, Etuisbranche: Hoffmann, Galanteriebranche: Voigt, Goldschnittbranche: Welfing, Kartonbranche: Klappensch, Teutsch, Kontobuchbranche: Berger, Luxus-papierbranche: Hippold, Würzburger und Dähne. In die Rechtsschutzkommission wurden die Kollegen Lemser, Bytomski, Schneider, Schumacher und Wähler gewählt. Als Mitglieder der Bibliotheks-kommission wurden gewählt: Hoffmann, Seeliger, Schmidt, Stiebert, Maas, Kollegin Kopehel.

Gerber macht noch auf die Wahl des Vorsitzenden aufmerksam, die am Sonnabend, den 29. Februar, stattfindet. Ferner gibt derselbe noch bekannt, daß die Gewerkschaftskommission einen Vortragskursus nur für weibliche Personen stattfinden läßt. Er ersucht die Kolleginnen, welche diesen Kursus besuchen wollen, sich auf dem Bureau zu melden.

Die Wahl der Revisoren wurde durch Stimmzettel vorgenommen. Sie ergab die Wahl der Kollegen Zahn, Engels und Kalow.

In den Gausvorstand wurde Kollege Gerber gewählt.

Die am 29. Februar stattgefundene Wahl des Bevollmächtigten zeitigte folgendes Resultat: Es erhielten Stimmen: Max 1231 und Mager 591, ungültig 14. Gewählt: Max.

Dresden. In der am Sonnabend, den 22. Februar, stattgefundenen Versammlung referierte Pfütze über: „Die Unternehmerorganisationen“. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kolleginnen Barthel, Schönherr und Freygang in üblicher Weise durch Erheben von den Plätzen.

Pfütze schildert nun in längeren Ausführungen die verschiedenen Organisationen der Unternehmer.

In der darauffolgenden Debatte weist B. Kohl auf die Bedeutungslosigkeit der Dresdener Buchbinderinnung hin, von deren 220 Mitgliedern nur 70 Gehülfen beschäftigen. Anders steht es mit den Kartonnagenfabrikanten. Diese wirken jetzt überall darauf hin, weitere Organisationen zu gründen. Es muß daher unsere Aufgabe sein, uns immer fester zusammenzuschließen, um diesen Verbänden gewachsen zu sein.

Nachdem sich noch mehrere Kollegen zu den Arbeitgeberverbänden geäußert, wurde auch darauf hingewiesen, wie schnell es geht, einen Arbeitgeberverband zu gründen, wenn es nur gilt, den Arbeitern entgegenzutreten. Es wurde hier auf die Dresdener Plakatbranche hingewiesen, in welcher die Träger im vorigen Herbst einen Tarif aufstellten und den Unternehmern zusandten, worauf die sieben Prinzipale sofort einen Deutschen Schneid-schrift-platfabrikantenverband gründeten.

Unter „Gewerkschaftlichem“ wurde noch bekannt gegeben, daß am 14. März ein Tanzabend stattfindet, ferner am 21. März eine größere Versammlung, in welcher Genosse Vag einen Vortrag über „Gewerbegerichts“ hält.

Fürth. Eine kombinierte Versammlung hatte der Gausvorstand die Fürth für die Zahlstellen Fürth, Nürnberg und Erlangen einberufen. Zu Beginn der Versammlung begrüßte Fürth den hierzu eingeladenen Kollegen Weinländer, den zukünftigen Beamten des Gaus 16. Nach Wahl des Bureau ergab sich eine kurze Diskussion über die Geschäftsberichte. Eine weitgehende Debatte entspann sich jedoch über Punkt 2, die Kartonnagenarbeiterkonferenz betreffend, über welche Fürth referierte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 23. Februar 1908 in Fürth tagende kombinierte Zahlstellenversammlung Nürnberg, Fürth und Erlangen. hält die umgehende Einberufung einer Kartonnagenarbeiterkonferenz für äußerst notwendig, und beauftragt den Gausvorstand, beim Verbandsvorstand den dringenden Antrag auf Einberufung einer solchen Konferenz zu stellen. Des weiteren beauftragt die Versammlung den Gausvorstand, sämtliche süddeutsche Zahlstellen und Gaus aufzufordern, in gleicher Weise Schritte beim Verbandsvorstand zu unternehmen.

Unter Punkt 3: „Die nächsten Aufgaben der Zahlstellen“, referierte Drank.

Leipzig. In einer am 28. Februar abgehaltenen öffentlichen Versammlung referierte Genosse Schöpflin über: „Moderne Wirtschaftskämpfe“. Wenn es nicht den Anweisungen des Redaktors unserer Zeitung widerspräche, könnte man hier den vielen nichterschiedenen Mitgliedern nähere Auszüge aus dem Referat bringen, da das Thema sehr wohl dazu angetan erscheint, der Arbeiterschaft in jetziger kritischer Zeit die Augen zu öffnen und sie zu fester gewerkschaftlicher und politischer Organisation zusammenzuführen. Daß der in der Arbeiterschaft

beliebte Redner mit seinem interessanten Vortrag reichen Beifall erntete, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Reichen Stoff zur Besprechung brachte der zweite Punkt der Tagesordnung. Nachdem Gesche auf die in nächster Zeit vorgesehenen Veranstaltungen hingewiesen, berichtet derselbe über ein gewisses Schamgefühl einiger Kollegen, die zur Aussprache über nichttarifliche Entlohnung einfach nicht erschienen. Hieran anschließend, erzählt Schröder über eigenartige Magazine, die bei der Firma Langendorf u. Co. herrschen. Der Mitinhaber, Herr Sieck, hat es sich scheinbar zum Prinzip gemacht, sich diejenigen Firmen zum Vorbild zu nehmen, die es mit der Bezahlung des Tarifs nicht so genau nehmen oder als notorische Tarifdurchbrecher bekannt sind. So bezahlt der obgenannte Herr die Klaffertdecken einfach unter Tarif, ebenso das Fertigmachen vor Schulbüchern. Bedauerlich ist es, daß sich Kollegen finden, die diese Arbeiten unter Tarif herstellen. Es wäre doch endlich Zeit, daß jeder Kollege derartige Zumutungen entschieden zurückweist. Wenn durch diesen Hinweis Änderungen in diesem Betriebe eintreten würden, hätten diese Zeilen Wunderkraft; jedenfalls wird sich die Tarifkommission und wohl auch die folgenden Instanzen noch öfter mit diesem Betrieb zu beschäftigen haben. Gehde vermisst die intensive Agitation unter den Arbeitern der Kartonnagen- und Etuisbranche. Gesche tritt den Auffassungen des Korrespondenten entschieden entgegen und beleuchtet die Gründe des Mißerfolges bei der Agitation in den beiden Branchen. Von der Firma E. A. Enders wurden verschiedene Entlassungen gemeldet. Sonderbarerweise betrifft es aber nur solche Leute, die beim letzten Königsbesuch nicht Gefinnungen heucheln wollten, die sie nicht besitzen. Die Geschäftskommission der Firma wurde beauftragt, die notwendigen Schritte dagegen zu tun. Mit einem kräftigen Appell Schröders, an der Vorbereitung des Kampforganes der Leipziger Arbeiterschaft tatkräftig zu helfen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Rundschau.

Der Arbeitsnachweis für das Buchbindergerwerbe in Stuttgart hat bisher trotz verschiedentlichem Bemühungen des städtischen Arbeitsamtes eine einheitliche Regelung nicht gefunden. Die Einstellung der benötigten Arbeitskräfte erfolgt in der Hauptsache noch auf dem Wege der Rundschau (vergl. Korrespondenz aus Stuttgart in Nr. 7. D. Ned.) und der Zeitungsannoncen und erst in letzter Linie durch Inanspruchnahme des Arbeitsamtes. Dies ist um so auffallender, als die Organisation der Arbeitgeber die Auszahlung einer Unterstützung an arbeitslose und zugewiesene Gehülfen, und die Organisation der Arbeitnehmer ihm die Kontrolle ihrer Arbeitslosenunterstützung beziehenden Mitglieder übertragen haben. Beide Organisationen sollten also schon aus diesem Grunde ein Interesse an der Regelung des Arbeitsnachweises haben, und eine Verständigung hierüber sollte um so eher zu erzielen sein, als ja die sonstigen auf das Arbeitsverhältnis bezüglichen Verhältnisse durch Tarifvertrag geregelt sind und eine ständige paritätische Kommission vorhanden ist.

Daß das Arbeitsamt auch zur Führung des Arbeitsnachweises für das Buchbindergerwerbe imstande wäre, beweisen neben der Tatsache, daß dasselbe den Arbeitsnachweis für zahlreiche andere Berufe zur Zufriedenheit bereits führt, die Ergebnisse der Buchbindervermittlung in den letzten Jahren.

So wurden im Jahre 1907 von den angemeldeten 368 hiesigen Stellen durch das Arbeitsamt 354 besetzt, während in den übrigen Fällen die zugewiesenen Arbeiter die Stelle anderweitig besetzt fanden.

Im Jahre 1906 wurden von 378 Stellen 372 und im Jahre 1905 von 243 Stellen 224 besetzt. Aber auch nach auswärts konnten günstige Vermittlungsergebnisse erzielt werden. Von den im Jahre 1907 angemeldeten 98 Stellen wurden 63 besetzt, 20 Gesuche wurden zurückgezogen und nur in 15 Fällen konnte eine Vermittlung nicht erzielt werden. 1906 wurden von 74 Stellen 54 und 1905 von 75 Stellen 50 Stellen besetzt.

Die Zahl der sich meldenden Gehülfen war jeweils erheblich größer. Sie betrug im Jahre 1907: 882 (hiesige 440, auswärtige 442); 1906: 765 (hiesige 301, auswärtige 464); 1905: 801 (hiesige 340, auswärtige 461).

Von diesen Arbeitssuchenden wurden außer den direkt vermittelten, oben ersichtlichen Zahlen, an andere Arbeitsämter überwiesen und durch deren Vermittlung in Stellung gebracht im Jahre 1907: 21; 1906: 7; 1905: 23.

Die Znanpruchnahme des Arbeitsamts war in den einzelnen Monaten sehr verschieden. Im Jahre 1907 waren die Stellenanmeldungen im Oktober am geringsten mit 22 und am höchsten im April mit 67. Die Stellennachfragen schwankten zwischen 52 im August und je 95 im Januar und Oktober. Ueberschüssige Arbeitskräfte waren in sämtlichen Monaten des Jahres vorhanden.

An dem gegenwärtig stattfindenden Unterrichtsforschung der Generalkommission nehmen von unseren Kollegen die Gauleiter Groenhoff und Rühke, sowie der Bevollmächtigte von Leipzig, Zinke, teil.

Der Verband „Bund deutscher Buchbinderinnungen“ zählt nach einer Aufstellung des Bundesverbandes am Jahreschluss 2755 Mitglieder. Diese verteilen sich auf 1948 Innungsmittglieder, 730 Mitgliedern in Buchbindervereinigungen und 77 Einzelmitgliedern. Die Innungsmittglieder sind in 21 Zwangs- und 20 freie Innungen verteilt, die Einzelmitglieder sind in 65 verschiedenen Orten ansässig. In den Zwangsinnungen sind 1099, in den freien 849 Buchbindermeister zusammengeschlossen. Die an Mitgliederzahl größten Zwangsinnungen finden sich in Dresden (212), Leipzig (135), Breslau (85) und Hannover (82), die kleinsten in Garburg (10), Göttingen und Osnaabrück (je 17) und Freiberg i. S. und Walzenburg (je 19). Von den freien Innungen haben Berlin (427), Hamburg und Nürnberg (je 70) und Annaberg (30) die meisten Mitglieder, während Rostock (4), Zimenau (5), Bitterfeld (8) und Frankfurt a. O. (9) je noch nicht 10 Mitglieder aufweisen. Die Buchbindervereinigungen verteilen sich auf 5 Orte resp. Bezirke, und zwar Bayern (Verband der Buchbindermeister Bayerns mit 518 Mitgliedern), Pfälzer-Rassau (Rassauer Buchbinder mit 98), Niedersachsen (66), Frankfurt a. M. (25) und Gera (23). Der Jahresbeitrag schwankt zwischen 1 Mk. (Laudau) und 12 Mk. (Leipzig). Das Alter der Innungen ist zum Teil ein altherwürdiges. An der Spitze stehen Schweidnitz (gegründet 1524), Leipzig (1544), Dresden (1564), Magdeburg (1567), Freiberg i. S. (1577), Breslau (1584), Erfurt (1594), Berlin und Danzig (1595).

Der Werkmeisterverband für das deutsche Buchbindergerber und verwandte Berufe, der seinen Sitz in Berlin hat, ist nach den Mitteilungen seines Fachorgans, der „Monatsschrift für Werkmeister“, in 61 Orten vertreten. Einigenmaßen nennenswerte Mitgliederschaften dürften nur in Berlin, Leipzig und Stuttgart anzutreffen sein.

Zu einem Wettbewerb um einen künstlerischen Bucheinband fordert das dänische Kunstindustrimuseum in Kopenhagen die dänischen Buchbinder auf. Es handelt sich um Entwürfe für ein vom genannten Museum herausgegebenes Kunstwerk. Einen Gegensatz zu vorstehenden, nur für dänische Buchbinder offenen Wettbewerben, bildete vor nicht allzu langer Zeit das Vorgehen der Wiener Verlagsanstalt von W. Herzog u. Co., welche ein vaterländisch Werk („An Ehren und Siegen reich“), das anlässlich des Regierungsjubiläums des österreichischen Kaisers zur Ausgabe gelangen soll, im Ausland herstellen ließ. Die Erregung der österreichischen Buchbinder ob dieses Vorgehens kann man begreifen.

Im Jahresbericht des Gauverbandes vom Gau 15 (veröffentlicht in Nr. 8 der „Buchbinder-Zeitung“) werden auch die Verhältnisse der Zahlstelle Freiburg i. Br. einer Kritik unterzogen. Vor allem wird dabei auch auf den schweren Stand hingewiesen, den die Zahlstelle gegenüber den Innungen der Christlichen hat. Diese Notiz hat nun erklärenderweise das Mißfallen der christlich gesinnten Kollegen in Freiburg in sehr hohem Grade erregt, wie ja überhaupt die Befanntgabe der Wahrheit immer für jene äußerst unangenehm ist. In einer Entgegnung nehmen die „Christlichen Stimmen“ gegen die Notiz im Jahresbericht des Gaues 15 Stellung und berufen sie sich hauptsächlich auf die am 1. Februar stattgefundenen, in voller Harmonie und Einmütigkeit verlaufene gemeinsame Versammlung.

Bei der Beurteilung des Jahresberichts vertrat nun die christlich Organisierten eine solche Portion Unkenntnis in gewerkschaftlichen Fragen, daß es fast unglücklich ist. Nach ihrer Meinung müßte man bei der Abfassung eines Jahresberichtes anscheinend nur die letzte Versammlung im Auge haben, auch wenn diese lange nach Ablauf des zu beurteilenden Jahres stattgefunden hat. Davon kann natürlich keine Rede sein, denn bei der Abfassung eines Jahresberichtes kommt das ganze Jahr in Betracht und nicht nur ein Punkt, der obendrein mit der Sache nichts zu tun hat. Und wenn dann der berichtserstattende Gauvorsitzende so berichtet, wie geschehen, dann wird er auf Grund der während des ganzen Jahres eingelaufenen Be-

richte wahrlich zu keinem anderen Urteil kommen können, als wie geschehen. Es sei nur an die öffentlichen Versammlungen vom März und August des vorigen Jahres erinnert, vor allem an letztere, in der der Referent sogar gezwungen war, einzugreifen, um Täuschlichkeiten zu verhindern, die durch das probogierende Auftreten christlich Organisierter hervorgerufen wurden. Weiter sei nur noch an das Verhalten eines „Christen“ gegenüber unferem Vorsitzenden erinnert, wofür derselbe freilich zur Rechenschaft gezogen und auch bestraft wurde. Wenn nun derartig das ganze Jahr über an den Gauvorsitzenden berichtet werden muß, dann kann man kein anderes als wie das im Bericht gefällte Urteil erwarten.

Nun scheinen sich ja in letzter Zeit die Verhältnisse etwas zu bessern und die am 1. Februar dieses Jahres abgehaltene kombinierte Versammlung nahm einen für beide Teile befriedigenden Verlauf und ließ hoffen, daß durch ein geschlossenes Vorgehen beider Organisationen für unsere Berufsangehörige bessere Verhältnisse eintreten werden, als dies heute der Fall ist. Diese Tatsache aber kann und wird uns nicht abhalten, in einem Jahre es Bericht so zu urteilen, wie dies von der Wahrheit geboten wird.

Die Bewegung der Bauarbeiter scheint ungeahnte Dimensionen annehmen zu wollen. Berichtet doch der „Zimmerer“, daß „bis jetzt“ bereits aus 140 Zahlstellengebieten mit zusammen mehr denn 24 000 Mitgliedern Lohnbewegungen angemeldet sind. Daß sich diese Zahlen noch ganz wesentlich erhöhen, geht schon daraus hervor, daß im laufenden Jahre nicht weniger denn 204 Tarifverträge mit 24 705 davon berührten Personen ablaufen und daß unter den oben genannten 140 Zahlstellengebieten sich zum Teil solche befinden, die seither überhaupt noch keine Tarife abgeschlossen hatten. In 31 Zahlstellen resp. Vertragsgebieten mit zusammen 15 436 Mitgliedern ist seitens der Unternehmer die Tarifbindung erfolgt, während in 14 Zahlstellen mit 826 Mitgliedern die Arbeitsverhältnisse bereits geregelt sind.

Die Schafmacher im Baugewerbe halten jetzt die Zeit für gekommen, in der sie ihren schafmacherschen Allüren freien Lauf lassen können. Der eingetretene Geschäftsübergang ist der willkommene Zeitpunkt, die Arbeiter der Bauberufe niederzuhalten. Das beweist am besten der Stand der Bewegung, denn für 3,24 Proz. der Beteiligten sind die Arbeitsbedingungen geregelt, 5,59 Proz. der beteiligten Arbeiter haben die Tarifverträge selbst gefündigt, 28,8 Proz. haben Forderungen gestellt, während 66,35 Proz. gezwungen werden sollen, den von den Schafmachern ausgearbeiteten „Muster“-Tarif anzuerkennen.

So wie im Zimmerergewerbe sieht es natürlich auch in den anderen Berufen aus. Der „Grundstein“ der Maurer veröffentlicht eine im „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ enthaltene Notiz, die klar und deutlich besagt, daß die Unternehmer den Kampf mit sichtlichem Behagen herauszufordern. In der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes wurde der Beschluß gefaßt, daß an dem von den Unternehmern ausgearbeiteten Tarifmuster nichts geändert werden dürfe und daß, falls die im Frühjahr ablaufenden und zu erneuernden Verträge auf der Basis des Vertragsmusters nicht zustande kommen sollten, am 1. April die Baugeschäfte geschlossen werden sollten, ausgenommen natürlich diejenigen Orte, in denen Tarifverträge bestehen. Damit ist der Kampf im Baugewerbe unermesslich geworden.

Die Textilarbeiter rühren sich. Die Nr. 9 ihres Fachorgans erschien als Agitationsnummer in einer Auflage von 270 000 Exemplaren, während die reguläre Auflage 113 000 beträgt. Die Textilarbeiter haben es allerdings auch dringend nötig. Die gewaltigen Referenzen, die ihnen noch fernstehen, rechtfertigen sehr wohl auch die äußersten Anstrengungen und es ist ihnen zu gönnen, daß sie in ihren Bemühungen erfolgreich sind.

Die Reichstagskommission für das Vereinsgesetz hat den unnißigen Sprachenparagrafen (7) des Reichsvereinsgesetzes in ihrer Sitzung vom 2. März gestrichen. Damit ist jedoch das Schicksal desselben noch nicht entschieden, denn der Gesetzentwurf hat drei Lesungen (eine in der Kommission und zwei im Plenum des Reichstages) noch zu bestehen. Ob die Freisinnigen auch dort die in der Kommission beobachtete Haltung einnehmen werden, bleibt abzuwarten.

f. Der Gewerberichter Göbel in Stuttgart, mit dessen eigenartigen Ansichten über die gewerkschaftliche Rechtsprechung wir uns im Vorjahre in mehreren Artikeln in unserer Zeitung beschäftigten, scheidet am 1. April d. J. aus seiner Stellung und wird wieder Amtsrichter, diesmal in Heidenheim. Göbel durfte nach seinem Auftreten

gegenüber den Arbeiterbeisitzern des Gerichts, denen er bekanntlich jede Objektivität abgesprochen hatte, nicht erwarten, daß ein Anstellungsverhältnis, das mit obigem Tage abläuft, fortgesetzt würde, und hat daher vorgezogen, in den Staatsdienst zurückzutreten. Selbst seine Freunde im Gewerbeverein, die es an schwülftigen Anerkennungserklärungen nicht fehlen ließen, haben ihn nicht halten können. Es gibt eben auch für bürgerliche Gemeindevorketer gewisse Rücksichten zu nehmen auf die Interessen der Arbeiterschaft, die sich von niemand beschimpfen zu lassen braucht. — Der Nachfolger Göbels ist der Amtsrichter Dr. Groß von Göttingen; hoffen wir, daß solche Älagen unter dem neuen Vorsitzenden nicht laut zu werden brauchen.

f. Gerichtliche Prügelergaubnis für Unternehmer. Es erregte seinerzeit im Reichstage ein ungeheures Aufsehen und löste eine tiefe Erbitterung aus, als ein Vertreter des Großkapitals, der in seiner freien Zeit nationalliberalen Grundsätzen huldigen soll, gelegentlich einer Debatte über Arbeiterschutz im Bergbau bekannt gab, daß zwar im Ruhrgebiet immer noch die Arbeiter von Vorgesetzten geprügelt würden, daß aber den zu Bestrafenden die Wahl gelassen würde zwischen Geldstrafe oder Prügel. Mit Recht warde ein Arbeitervertreter dieses jähnsige Eingeständnis fest, und das dürfte wohl, neben anderen Einwirkungen, veranlaßt haben, daß heute dort nicht mehr geprügelt wird. Selbst wenn nun aber dieses „patriarchalische“ Arbeitsverhältnis mit Prügeln nach freier Wahl noch bestände, dann wären diese Arbeiter immer noch besser daran als z. B. ein Musiker, der sich, obwohl erwachsen, nach einer Entscheidung des württembergischen Landgerichts Hall von seinem Kapellmeister prügeln lassen muß und nicht berechtigt ist, gemäß § 626 des B. G. B. aus einem wichtigen Grunde das Lebenslänglich abgeschlossene Lehr- und Arbeitsverhältnis zu lösen. Es lebt nämlich in der Württembergischen Stadt Oehringen ein „städtischer“ Kapellmeister Steiner, der mit seinen Schülern, die er teilweise schon vom 11. Lebensjahre an beschäftigt, ebensolche lebenslängliche Lehr- und Arbeitsverträge abschließt. Nach beendeter Lehrzeit müssen nach dem abgeschlossenen Verträge die Ausgelernten unbeschränkt in der städtischen Kapelle tätig sein und haben, selbst wenn sie nach Abwesenheit aus dem Bezirk zurückkehren, wieder einzutreten und mitzuwirken. Um dieser ungeheuerlichen Bestimmung den nötigen Nachdruck zu geben, haben die Kinder und ihre Väter in dem Verträge die Verpflichtung angenommen, für jedes Konturnzgeheiß, unter denen selbst einmaliges Spielen in einer anderen Kapelle verstanden wird, eine Entschädigung von 10 Mk. an den Kapellmeister zu zahlen. Nun begab es sich, daß einer der Musiker vom Kapellmeister beschimpft, geschlagen und schließlich gegen den Ofen geworfen wurde. Der Mißhandelte hielt sich danach berechtigt, ohne weiteres von der Kapelle fortzubleiben. Nicht aber der Kapellmeister. Dieser klagte auf Grund des Lebenslänglichen oder, wie im Verträge steht, unbeschränkten Vertragsverhältnisses gegen den Musiker und seinen Vater auf 70 Mk. Entschädigung, weil der Ausgetretene in der Zwischenzeit siebenmal in anderen Kapellen gespielt hatte; und das Amtsgericht Oehringen erkannte dem Klageantrag entsprechend.

Die gegen diese Entscheidung an das Landgericht Hall eingelegte Berufung wurde von diesem als unbegründet zurückgewiesen. Eine gegen die guten Sitten verstoßende übermäßige Bindung liege bei dem lebenslänglichen Verträge nicht vor, da derselbe gemäß § 626 B. G. B. aus einem wichtigen Grunde jederzeit oder nach § 624 B. G. B. nach Ablauf von 5 Jahren zu kündigen sei. Als wichtiger Grund sei aber die Mißhandlung des Musikers nicht zu betrachten. Der Kapellmeister sei an dem Tage der Mißhandlung mit Recht über den Musiker wegen einmaligen Spielens in einer anderen Kapelle ergrünt gewesen. Es könne dem Kapellmeister, zumal ihm während der erst vor einem Jahre beendeten Lehrzeit seitens des Vaters ein gewisses Rücktrittsrecht eingeräumt war, „nicht besonders verübelt werden, wenn er sich zu den Ausbreitungen hat hinreichen lassen.“ — Während der Lehrzeit hätte es dem Musiker freigestanden, wegen behaupteter barbarischer Mißhandlungen und übermäßigen Anstrengungen sofort auszutreten; nach der Entscheidung steht das gleiche Recht einem erwachsenen Musiker nicht zu.

Das Gericht hat also in aller Form anerkannt, das ein Unternehmer die ihm lebenslänglich Verpflichteten prügeln darf. Aber wenn der Spieß umgedreht wird?

Literarisches.

Soeben ist im Verlag von J. G. W. Dieck Nachf. in Stuttgart erschienen: Die Klassegegensätze im Zeitalter der Französischen Revolution, Von Karl Lauts. Neue Ausgabe der Klassegegensätze von 1789. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk., Vereinsausgabe 50 Pf.

„Sind auch bald vier Menschenalter seit dem Beginn der großen Revolution verfloßen, so wirkt doch dies gewaltige Ereignis bis in unsere Tage nach, und es ist unmöglich, die Klassegegensätze der Gegenwart völlig zu begreifen, wenn man nicht das Verständnis jener Katastrophe gewonnen hat, in der sie zuerst ohne religiöse Verkleidung mit größter Wucht aufeinanderprallten und das Wesen der einzelnen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft enthüllten. Aber sie enthüllten auch das Wesen

dieser Gesellschaft selbst, die auf den Gegenjahren jener Klassen aufgebaut ist, auf Gegenjahren, die notwendigerweise immer wieder zu Katastrophen führen. Formen und Umfang der sozialen Katastrophen wechseln mit der Technik der Wirtschaft, des Verkehrs und der Politik, die Unvermeidlichkeit der Katastrophen bleibt, solange die Gesellschaft auf Klassegegensätzen beruht.“

ANZEIGEN

Deutscher Buchbinder-Verband.

Am 24. Februar verstarb plötzlich und unerwartet meine liebe, unversehrte Gattin, unsere treusorgende Mutter, Schwägerin und Tante, Frau Herm. Pieper, geb. Friederike Kollmeier, im Alter von 54 Jahren. Um stilles Beileid bitten Die trauernden Hinterbliebenen Herm. Pieper sen., Cse Pieper, Herm. Pieper jun. (s. St. in 181) Westafrika, Köln - Lindenthal, Logo (Westafrika), im März 1908.

Nach langem schweren Krankenlager starb am 1. März unser lieber Kollege Robert Winkler aus Barthelsdorf im Alter von 60 Jahren. Sein hieherer Charakter sichert ihm ein dauerndes Andenken! Die organ. Kollegen u. Kolleginnen der Buchbinderei D. Spamer.

Unserem werten Kollegen Emil Röhr

zu seiner Aoreise nach Hamburg ein Lebewohl! Die organisierten Kollegen der Firma G. Goldstein, Berlin, Warschauerstr. 61.

In bedeutender Garnisonstadt in Westpr. zu verkaufen eine konkurrenzrentable Buchhandlung, 4,20 [134]

Druckerei, Verlag e. Zeitg., mit Buchbinderei, Schnell- u. Liefepresse, sowie neuzeitl. Einrichtg., Bierergan- u. Behörden u. 5 Schulen, die Zeitung hat bedeut. Abonnentenkreis. Umlauf 36.000 Nr., Preis 58.000 Nr., Anz. 15.000 Nr. - Näh. Ausf. erteilt unt. Fol. 1825 Wilh. Hennig & Co., Dessau.



O. Th. Winckler, Leipzig Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt

Achtung! Berlin. Achtung!

(Großer Saal) „Neue Welt“ (Großer Saal)

Sonnabend, den 28. März 1908

Gemeinsames Stiftungs-Fest

der Zahlstelle Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes und des Buchbinder-Männerchors, Berlin (R. d. H. S. B.)

Künstler-Konzert. Männerchöre.

Programm.

- I. Teil. 1. a) Sternennacht. b) Nichtverzagt. Männerchöre. 2. a) Ich liebe Dich. b) Im Blätterfalle. Margarete Krieger-Palm. 3. a) Der Wanderer. b) Etändchen. Eugen Krieger. 4. Romane aus dem Konzert d-moll. Bioline: Fr. Anni Luxenburg. 5. a) Des Nachts wir uns kühnen. b) Trägüdie. Duette: Margarete Krieger-Palm, Eugen Krieger. II. Teil. 1. a) Heimat. b) Frühling im Herbst. Männerchöre. 2. a) Der Tambour. b) Kleiner Haushalt. Eugen Krieger. 3. a) Wiegenlied. b) Er ist's. c) Niemand hat's gelehrt. Margarete Krieger-Palm. 4. a) Der Schwan. b) Gondolieren. Bioline: Fr. Anni Luxenburg. 5. a) Sandmännchen. b) Der Jäger. Duette: Margarete Krieger-Palm, Eugen Krieger. 6. a) Abendfeier. b) Ja, schön ist mein Schatz nicht. Männerchöre. [136]

Nach dem Konzert: Grosser Ball.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach. Anfang des Konzerts 8 1/2 Uhr. Eintrittskarten: 40 Pfennig. Die Saaltüren bleiben während der Vorträge geschlossen! - Rauchen während des Konzerts nicht gestattet! - Kinder unter sechs Jahren haben keinen Zutritt! Programm mit Liedertexten am Saaleingang gratis. Eintrittskarten sind zu haben: Bureau, Engel-Ufer 15 II, Zimmer 21, in allen Zahlstellen, bei den Vertrauensleuten und Mitgliedern des Buchbinder-Männerchors.

LEIPZIG

Sonnabend, den 14. März 1908

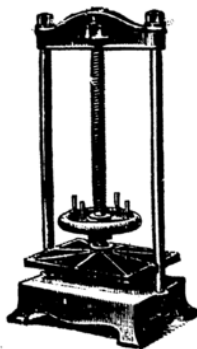
Großer Humorabend mit Kappenfest

unter Mitwirkung der Original bayerischen Bauernkapelle „D' Alm-Quab'n“, der Schupplattler vom Verein bayerischer Landeskunst, des Unterländer-Eros, des Buchbinder-Männerchors und Mitgliedern : : : der Turnerabteilung des Ortsvereins L. Thonberg : : : [137]

Albertgarten, Leipzig-Anger

Eintritt 7 Uhr Hochoriginelles Programm Anfang 8 Uhr Von 10 Uhr an im kleinen Saal Großer Vorkier-Kummel. Bedienung von bayerischen Kellnerinnen im Original-Kostüm. Nach dem Konzert Ball. Programme, im Vorverkauf 25 Pf., sind bei sämtlichen Vertrauensleuten sowie im Bureau zu entnehmen. : : : Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Besoümächtigte.

Tombola



Schlagrad- und Stockpressen in 6 verschiedenen Größen zu billigsten Preisen sofort lieferbar. Prospekte gerne zu Diensten.

Karl Bidlingmeyer, G. m. b. H. Maschinenfabrik Altbach a. Neckar (Württemberg.)

Buchbinder,

tüchtigen, wird durch Kauf eines Papiergeschäftes sichere Existenz geboten. Gest. Offerten postl. Berlin W. 50 unter S. 83 1/2.

Buchbinder und Preßvergolder für Musterartenbranche sofort gesucht. Annoncenbureau Zittau, Mandauerberg 12.

Alte Pergamentmissale

17. Jahrh., ca. 65x40 cm, Breitbandige Notenblätter in großer. Posten als Alt-Pergament aus Liebhaberbibl. billig zu verk. Off. S. G. 3842, Rud. Raffe, Königsstr. 56.

Eckladen

im Neubau, dicht an Schule, ausreichende (auch Arbeits-) Räume; da im ganzen Stadtteil kein [143]

Buchbinder,

für solchen außerst günstige Lage, sofort oder später zu vermieten.

Cruft Feinze, Guben, Osterberg 22.

Papiergeschäft,

gutgehend, Umstände halber sofort billig zu verkaufen. Erforderlich ca. 2500 Mk. Off. unt. „Schnell 108“ nach Berlin W. 62 postlagernd.

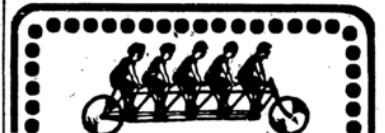


Suchen Sie Stellung?

Dann wenden Sie sich an den

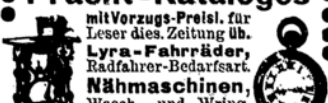
Kostenfreien

Arbeitsnachweis für Buchbinder O. Th. Winckler, Leipzig Seeburgstraße 47



Lyra-Fahrräder

Anerkannt bestes Rad. Unerreicht in Qualität und Ausstattung. Komplet mit Gummi von 53.00 Mk. bis zu den feinsten -Luxus-Modellen. - Garantie 5 Jahre laut Katalog. Verlangen Sie kostenlose Zusendung meines neuesten reich illustrierten Pracht-Kataloges mit Vorzugs-Preis, für Leser dies. Zeitung üb. Lyra-Fahrräder, Radfahrer-Bedarfsart. Nähmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen, Kinder-Wagen, Uhren, Waffen, Musik-Instrumente, Stahl-, Leder- und Luxuswaren. - Wiederverkäufer gesucht.



Richard Ladewig PRENZLAU Postfach Nr. 151.